



GEW

**Die Eliten
und der Rest**

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**März
2005**

Inhalt:

Eliten in Deutschland – wer hat, dem wird gegeben

Interview mit Prof. Dr. Michael Hartmann S. 3

»Elite« – gesellschaftliche Ungleichheit als Programm

von Prof. Dr. Morus Markard S. 5

High-Tech und Hartz

Durch Zwang und Konsens zur Erziehung neuer Arbeitskräfte
von Dr. Mario Candeias S. 7

Störer und Gestörte

Macht-Ohnmacht-Spiralen zwischen »nicht schulfähigen«
Jugendlichen und ihren Professionellen in der Regelschule
von Angelika Wolf und Dr. Thomas v. Freyberg S. 11

Volkshochschule im freien Fall

Über den Zusammenhang von Sozialem und Inhaltlichem
von Reinhard Falter S. 14

Neue Tarifverträge bei BRK und AWO

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 15

Zum Ersten, zum Zweiten und zum ?

Das Eckpunktepapier von ver.di & dbb
von Wolfgang Fischer S. 16

Müssen Randzeiten-Kräfte Bayerns Kitas retten?

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 17

»Der Untergang«

Was lernt man aus diesem Film?
von Wolfgang Häberle S. 18

Der neue Vorstand des KV Würzburg stellt sich vor

von Rudolf Brandenstein S. 20

Zum Tod von Ulrich K. Drescher

von Irmgard Freihoffer S. 21

Leserbriefe S. 21

Dies und Das S. 22

Glückwünsche und Veranstaltungen S. 23

Kontakte S. 24

Was wir noch sagen möchten:

In einer DDS, die wahrscheinlich zum Internationalen Frauentag 2005 im Briefkasten liegt, schreiben – mit einer einzigen Ausnahme – nur Männer. Wir wollen diese Tatsache nicht schamhaft verschweigen. Sie ist uns bewusst. Wir haben uns bemüht, das zu ändern. Es ist uns leider nicht gelungen.

Deshalb unser Appell: **Frauen schreibt!**

Die Redaktion

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

»Neu und gierig, toll und kühn« überschreibt die SZ vom 1. Februar ihren Jubelartikel auf eine rein privat finanzierte Universität, deren »Corporate Design« sich ebenfalls aus diesen vier Adjektiven fügt: »neu.gierig.toll.kühn«. Dass der für Bildungsprozesse positive Begriff »Neugier« durch das Zerteilen ins negativ besetzte »gierig« umschlägt, ist für die angesprochene Klientel scheinbar kein Problem. Vielleicht wirkt es ja sogar als Markenzeichen einer Uni, die ihren Studierenden für 633 Euro Studiengebühren im Monat – »ohne Unterkunft und Verpflegung, versteht sich« – exquisite Studienbedingungen bietet. Maximal 800 Studierende sollen es dort werden und »man kann es sich leisten, sie handzuverlesen«. Ein Drittel ihrer Einnahmen erhält die Universität aus der Privatwirtschaft, die sich auf diese Weise interdisziplinär ausgebildeten Nachwuchs züchtet, weil sie diese wichtige Aufgabe staatlichen Universitäten nicht anvertrauen möchte.

Der SZ-Artikel erschien als 22. Folge der Serie »Vorsprung Deutschland – Die Stärken der Republik und ihrer Menschen«, die den ewig nur Jammern im Lande zeigen soll, dass in dieser Republik durchaus Aufbruchstimmung herrscht. Aufbruch für wen und wohin? Das beantworten einige Artikel, die in der gleichen Zeitung in letzter Zeit zum Thema Studiengebühren erschienen und die den öffentlichen Beschwichtigungsversuchen Hohn sprechen, auch weniger Betuchte könnten in Zukunft dank Studienkrediten jederzeit problemlos studieren. »Wir haben ein Rating-System entwickelt, mit dem wir das Ausfallrisiko berechnen können.«, sagt da z.B. der Manager einer Bank auf die Frage, wie sie das Kreditrisiko berechnen. »Wer zum Beispiel Sozialpädagogik studiert, ist statistisch gesehen eher von Arbeitslosigkeit bedroht als ein Wirtschaftsingenieur« und »muss das Manko seines Studienfachs deshalb mit besonders guten Noten ausgleichen, um die gleiche Chance auf Förderung zu bekommen.« Auch die staatliche KfW-Bank macht sich keine Sorgen um die Rückzahlung der von ihr angebotenen Kredite: Schließlich würde die Kreditrückzahlung nur maximal zehn Prozent des künftigen Einkommens ausmachen und zahlen müssten ohnehin nur diejenigen, die ausreichend verdienen. Wer »ausreichend verdient« wir von der KfW auch gleich definiert. Es sind jene, deren Einkommen »mit Sicherheit ein gutes Stück über der Sozialhilfeschwelle« liegt. Die liegt derzeit bei 345 Euro (zzgl. Wohnung). Was ist ein »ein gutes Stück drüber«? Das Doppelte? Da freuen sich doch alle, die voraussehbar – trotz absolviertem Studium – nur in prekären Beschäftigungsverhältnisse landen werden und schreiten frohgemut zur Immatrikulation.

Karin Just

**Telefonische Sprechzeiten der GEW Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder: montags und donnerstags
von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59**

Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München

☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5389487

e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Doro Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Titel: Bert Butzke; Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor.

Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Eliten in Deutschland – wer hat, dem wird gegeben.

Elite-Universitäten und Studiengebühren haben sich in der deutschen Hochschulpolitik durchgesetzt. Scheinbar gegensätzlich verläuft die Diskussion zu PISA und den Konsequenzen für die Schulpolitik. Mittlerweile fordern sogar Unternehmerverbände und wirtschaftsnahe Stiftungen eine grundlegende Reform unseres Schulsystems. Was ist von diesen Forderungen zu halten?



Wir sprachen mit Prof. Dr. Michael Hartmann. Er lehrt und forscht im Fachgebiet Industrie- und Soziologie an der TU Darmstadt und hat den Forschungsschwerpunkt »Eliten«.

DDS: In Ihrem Buch »Der Mythos von den Leistungseliten« beschreiben Sie, dass Spitzenpositionen in der Wirtschaft, aber auch in Wissenschaft, Justiz und Politik in der Regel nach sozialer Herkunft besetzt werden und die formale Qualifikation, in der sich Leistung ausdrückt, eine untergeordnete Rolle spielt. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Diskussion um Eliteförderprogramme, z.B. das »Elitenetzwerk Bayern« der bayerischen Staatsregierung?

Dr. Michael Hartmann: Es geht bei diesen Diskussionen über Elite-Universitäten oder Elite-Netzwerke darum, dass verschiedene Interessensgruppen mit unterschiedlichen Motiven eine Hierarchisierung der deutschen Hochschullandschaft vorantreiben wollen. Am stärksten ist dabei sicherlich das Interesse eines erheblichen Teils der akademisch ausgebildeten Berufstätigen bis in die Lehrerschaft hinein. Von einer Hierarchisierung der Hochschullandschaft erhoffen sie sich, dass sie ihren Kindern a) eine bessere Ausbildung trotz allgemeiner Sparmaßnahmen bewahren oder schaffen können und b) in sozialer Hinsicht bessere Startchancen auf dem Arbeitsmarkt. Für den schulischen Bereich heißt das, dass die soziale Selektion erhalten bleibt oder noch leicht gesteigert wird, im Hochschulbereich wird sie stark vorangetrieben.

Eine andere Position zeigt sich bei den Wirtschaftsverbänden. Für sie sind bei der Diskussion um Elitehochschulen meiner Meinung nach zwei Motive ausschlaggebend:

1. Man hat die Hoffnung, wissenschaftliche Spitzenleistungen bei reduziertem Hochschuletat erbringen zu können, indem man die Mittel konzentriert, also aus der Breite rausnimmt und schwerpunktmäßig auf einzelne Hochschulen konzentriert. Das erlaubt es, die Diskussion um Steuersenkungen für die Wirtschaft weiterzuführen und gleichzeitig ein bestimmtes Niveau von Forschung an einzelnen Universitäten halten zu können. Das, was man im Grunde bräuchte, nämlich eine deutliche Aufstockung der Mittel insgesamt, würde nämlich



Foto: Robert Michel

zwangsläufig zur Frage nach einer höheren Besteuerung von Unternehmen führen.

2. Es gibt augenblicklich so etwas wie ein politisches Bündnis zwischen der Wirtschaft und den schon erwähnten akademisch ausgebildeten Berufstätigen. Das ist für die Haltung der Wirtschaftsverbände in der Schulpolitik entscheidend. Sie halten sich in der Frage der Dreigliedrigkeit zurück, obwohl die hohe Selektivität des deutschen Schulsystems eigentlich nicht in ihrem Interesse liegt, weil sie die politische Unterstützung der akademischen Intelligenz in der Steuerpolitik oder, wie bei Hartz IV, in der Sozialpolitik brauchen. Politisch durchsetzbar ist das nur, wenn es ein relativ stabiles Bündnis gibt. Ideologisch bildet der Begriff der Leistungseliten die gemeinsame Klammer. Er legitimiert die Maßnahmen, die die soziale Selektivität des Schul- und Hochschulsystems erhalten oder sogar verstärken, genauso wie die zunehmende Kluft in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. In beiden Fällen ist angeblich die individuelle Leistung ausschlaggebend. Für die Besetzung von Spitzenpositionen sind die Veränderungen im Bildungsbereich allerdings relativ unerheblich. Da könnte man allenfalls sagen, es sichert die Wege durch eine Konzentration der Mittel auf einen noch kleineren Teil der Bevölkerung.

DDS: Welche Funktion haben Ihrer Meinung nach Studiengebühren?

Dr. Michael Hartmann: Studiengebühren sind ein integraler Bestandteil dieser Strategie. Ihre Befürworter sagen, die Gleichmacherei muss ein Ende haben, wir müssen die Hochschullandschaft differenzieren, d.h. immer auch hierarchi-

sieren. Daher müssen, so die Argumentation, die Unis sich ihre Studierenden selber aussuchen dürfen, ebenfalls im Sinne einer Differenzierung und Hierarchisierung. Durch Studiengebühren wird der Effekt, der davon ausgeht, noch drastisch verschärft, weil jetzt schon absehbar ist, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht bei den 500 Euro pro Semester bleiben wird. Schon kurz nach der Urteilsverkündung wurden die Stimmen lauter, die von Anfang an gesagt haben, dass man da nach Universitäten differenzieren und auch höhere Gebühren verlangen muss, etwa 2.000 bis 3.000 Euro pro Semester. Alles zusammen genommen bedeutet das, dass wir eine Hochschullandschaft haben werden, in



Foto: Nico Schmidt

der es Unis geben wird, wie etwa die TU oder LMU München, die sich ihre Studierenden nach strengen Selektionskriterien aussuchen und höhere Studiengebühren als andere Hochschulen verlangen werden. Gleichzeitig bekommen solche Hochschulen höhere staatliche Zuschüsse als andere. Wenn Sie sich die Elite-Netzwerke ansehen: Von den etwa 10 Maßnahmen, die man darin fördert, sind 7 in München angesiedelt. Es gilt also das alte Mathäus-Prinzip: Es findet eine Mittelkonzentration auf die statt, die schon viel haben. Und das wirkt auch im sozialen Sinne. Das hat zwar auch etwas mit Leistung zu tun, trotzdem haben die TU oder LMU München nicht allein deshalb ein so starkes Gewicht in Bayern, weil sie so viel besser sind als die anderen Hochschulen, sondern auch, weil sie bessere Drähte zur Landesregierung und zur Wirtschaft haben. Das wird in Zukunft institutionalisiert werden in dem Sinne, dass, wer einmal oben ist, auch dauerhaft oben bleiben wird.

DDS: Scheinbar im Gegensatz zur Elitediskussion an den Universitäten entwickelt sich die Diskussion zu PISA und den Folgen. Der BDA fordert Chancengerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit, deshalb müsse allen Bevölkerungsteilen Zugang zu Bildung und Qualifikation verschafft werden. Auch andere Unternehmerverbände und wirtschaftsnahe Stiftungen wie Bertelsmann und McKinsey fordern eine grundlegende Reform des Schulsystems. Kann die GEW in ihrem Kampf um Bildungsgerechtigkeit plötzlich auf neue Bündnispartner hoffen und wenn ja, warum?

Dr. Michael Hartmann: Auf den ersten Blick verwundert das natürlich schon, dass der BDA solche Forderungen stellt. Man muss aber sehen, dass schon mit dem Begriffspaar Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit der klare Zusammenhang zwischen der Einkommens- und Vermögensverteilung in dieser Gesellschaft und der Chance auf höhere Bildung geleugnet wird. Dementsprechend sieht es dann auch im Konkreten aus. Wenn man sich die Erklärungen genauer ansieht, stellt man fest, dass außer der Forderung nach Ganztagschulen eigentlich nichts Substanzielles zur Chancengleichheit drinsteht. Hier wird keine Chancengleichheit im gewerkschaftlichen Sinne gefordert. So wird beispielsweise zwar richtigerweise verlangt, dass eine individuelle Frühförderung gewährleistet sein muss, zu der starken Selektion später durch die Trennung in Haupt-, Realschule und Gymnasium äußert sich der BDA jedoch überhaupt nicht. Im Kern enthält die gemeinsame Erklärung von BDA und DGB Forderungen, die auch die meisten Landesregierungen übernehmen könnten: Wir müssen den Unterricht mehr differenzieren oder wir müssen Standards setzen. Ich lese allerdings nichts zu den ganzen Maßnahmen, die im Augenblick tatsächlich laufen und die eine Verschärfung der sozialen Selektion an den Schulen bedeuten. Nehmen Sie das Turbo-Abitur. Je kürzer die Schulzeit ist, umso schwieriger ist es für SchülerInnen aus bildungsfernen Familien, den Abschluss zu schaffen oder nach der Realschule noch auf das Gymnasium zu wechseln.

Die Erklärung von BDA und DGB zur Bildungspolitik ist zum einen so wachweich, dass man nichts Konkretes daraus schließen kann, und zum anderen da, wo sie etwas konkreter wird, kompatibel mit dem, was die meisten Landesregierungen sowieso schon machen. So steht z.B. drin, dass die Durchlässigkeit zwischen den Schultypen vorausgesetzt wird, es nicht nur Durchlässigkeit von oben nach unten geben dürfe und jede Schule für jeden Abschluss offen sein müsse. Das heißt aber nichts Konkretes. Da wird inhaltlich nichts ausgesagt und gefordert. Das Thema, um das es wirklich geht, nämlich unser Schulsystem, diese anachronistische Dreigliedrigkeit, wird nicht einmal angesprochen. Solange das nicht der Fall ist, kann ich nicht erkennen, dass es beim BDA und anderen Unternehmerverbänden eine neue Politik gibt. Es ist in diesem Zusammenhang auch schade, dass sich die GEW so lange gescheut hat, nach PISA öffentlich über die Schulstrukturfrage nachzudenken.

DDS: Der Handwerkstag Baden-Württemberg sprach sich für eine 9-jährige gemeinsame Schulzeit aus. Auch der Zentralverband des deutschen Handwerks macht das gegliederte Schulsystem dafür verantwortlich, dass die Mehrzahl der Auszubildenden nicht auf dem Bildungsstand ist, der für eine Berufsausbildung notwendig wäre. Was unterscheidet Ihrer Meinung nach die Kritik der Handwerksverbände von der der anderen Unternehmerverbände?

Dr. Michael Hartmann: Bei den Handwerksverbänden ist die Position deutlicher, weil sie direkt betroffen sind. Das Elend der deutschen Hauptschulen, wenn ich das mal so nennen

darf, zeigt sich vor allem in den handwerklichen Berufen, wo die BerufsanfängerInnen schlecht oder unzureichend auf die Anforderungen der Ausbildung vorbereitet sind. Für die Handwerksunternehmer wäre es von großem Vorteil, wenn die Dreigliedrigkeit aufgehoben würde und die Hauptschule nicht ein Reservoir derjenigen wäre, die keine oder kaum eine Chance haben und sich dementsprechend fühlen und verhalten. Hinzu kommt, dass die Verbindungen aus dem Handwerksbereich zu dem, was ich akademische Intelligenz genannt habe, deutlich schwächer sind als bei den anderen Wirtschaftsverbänden. Da gibt es diese Rücksichtnahme nicht, wie ich sie beim BDA u.a. Verbänden sehe. Wenn im Unternehmerbereich überhaupt klare Positionen zur Bildungsgerechtigkeit existieren, dann kommen die immer von Handwerksverbänden. Das war in Ba-

den-Württemberg so, das ist in Hamburg so. Sie haben aber offensichtlich nicht so viel Gewicht, um in den Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände wieder aufzutauchen. Insofern gibt es einen Unterschied zwischen der Kritik der Handwerksverbände und der der anderen Unternehmerverbände. Aber die Handwerksverbände sind der schwächste Teil im Unternehmerlager.

Das Gespräch führte Ute Schmitt

Veröffentlichungen von Michael Hartmann zum Thema:

Elitesoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main 2004.

Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main 2002.

Topmanager. Die Rekrutierung einer Elite. Frankfurt am Main 1996.

Kontakt: hartmann@jfs.tu-darmstadt.de



Fotos (3): Arbeiterfotografie.com



Peter Gaethgens, früher Präsident der FU Berlin, seit dem Sommersemester 2003 Leiter der Hochschulrektorenkonferenz, antwortete kürzlich auf die Frage »Woran erkennen Sie einen zukünftigen Spitzenstudenten?« Folgendes: »Daran, dass er ein ziemlich klares Konzept von seiner universitären Ausbildung und seiner Berufsorientierung hat und gut informiert ist über die Universitäten, an denen sein Wunschfach angeboten wird. Und er sollte die Wahl des Fachs gut auf seine eigenen Talente abgestimmt haben.« Danach ist der Spitzenstudent mit sich schon fertig, bevor er überhaupt angefangen hat. Ein Studium verunsichert ihn nicht, er orientiert sich nicht um, er entwickelt sich nicht, er greift nicht in das Hochschulgeschehen ein, er sucht sich die Hochschule nur aus, und er hat Talente, die zu einem historisch vorfindlichen Fach passen wie der Pott zum Deckel (zum Beispiel Kleintierveterinär- oder Urologie-Talent). Zusammengefasst ist der Spitzenstudent erstens männlich und zweitens der Prototyp des angepassten Strebers. Mit Max Horkheimer for-

»Elite« – gesellschaftliche Ungleichheit als Programm

muliert: Ein Spitzenexemplar des »sich selbst frei fühlenden, die gesellschaftlichen Tatsachen als notwendig anerkennenden, die eigenen Interessen auf dem Boden der Wirklichkeit verfolgenden Individuums«.

Worum es bei der neuen Elitedebatte im Kern geht, hat die Adenauer-Stiftung der CDU schon 1992 auf den Punkt gebracht: »Wer Qualität sagt, der muss ... Selektion hinzudenken.« Wirklich? Wer Qualität sagt, muss *Qualifikation* hinzudenken. Aber: Selektion und Elite gehören schon insofern zusammen, als sie beide denselben Wortstamm haben. Offenkundig führt aber nicht jedes Ergebnis einer Auswahl dazu, dass die Erwählten als »Elite« gelten. Wer sich z.B. um den Posten einer Klofrau bewirbt und ausgewählt wird, zählt deswegen nicht zur Elite. Wohl aber führt die Perfektion in der Tötung von Menschen zur Subsumtion potenzieller Täter unter den Begriff der Elite: Man redet ja von *Elitetruppen*. Für besonders fähige Metzger wiederum gilt nicht, dass sie als Elite bezeichnet werden. Es gibt zwar *Eliteschlächter*, nicht aber *Eliteschlachter*. Das heißt: Es müssen schon Menschen – als Krone der Schöpfung – die Opfer sein, damit von Tötungs-*Eliten* die Rede sein kann.

Ohne Masse keine Elite

Es ist allerdings überhaupt nicht zwingend, über »Leistung« unter Nutzung des Terminus »Elite« zu reden. Sachlich lässt sich das, was neuerdings unter »Elite« verhandelt wird, unter Begriffen wie »Fachleute« o.ä. abhandeln. Die Rede von »Eliten« hat gegenüber sachbezogenen Überlegungen in erster Linie bestimmte *gesellschaftspolitische* Funktionen – vor allem die Abwertung des Restes der Bevölke-

darf, zeigt sich vor allem in den handwerklichen Berufen, wo die BerufsanfängerInnen schlecht oder unzureichend auf die Anforderungen der Ausbildung vorbereitet sind. Für die Handwerksunternehmer wäre es von großem Vorteil, wenn die Dreigliedrigkeit aufgehoben würde und die Hauptschule nicht ein Reservoir derjenigen wäre, die keine oder kaum eine Chance haben und sich dementsprechend fühlen und verhalten. Hinzu kommt, dass die Verbindungen aus dem Handwerksbereich zu dem, was ich akademische Intelligenz genannt habe, deutlich schwächer sind als bei den anderen Wirtschaftsverbänden. Da gibt es diese Rücksichtnahme nicht, wie ich sie beim BDA u.a. Verbänden sehe. Wenn im Unternehmerbereich überhaupt klare Positionen zur Bildungsgerechtigkeit existieren, dann kommen die immer von Handwerksverbänden. Das war in Ba-

den-Württemberg so, das ist in Hamburg so. Sie haben aber offensichtlich nicht so viel Gewicht, um in den Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände wieder aufzutauchen. Insofern gibt es einen Unterschied zwischen der Kritik der Handwerksverbände und der der anderen Unternehmerverbände. Aber die Handwerksverbände sind der schwächste Teil im Unternehmerlager.

Das Gespräch führte Ute Schmitt

Veröffentlichungen von Michael Hartmann zum Thema:

Elitesoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main 2004.

Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main 2002.

Topmanager. Die Rekrutierung einer Elite. Frankfurt am Main 1996.

Kontakt: hartmann@jfs.tu-darmstadt.de



Fotos (3): Arbeiterfotografie.com



Peter Gaethgens, früher Präsident der FU Berlin, seit dem Sommersemester 2003 Leiter der Hochschulrektorenkonferenz, antwortete kürzlich auf die Frage »Woran erkennen Sie einen zukünftigen Spitzenstudenten?« Folgendes: »Daran, dass er ein ziemlich klares Konzept von seiner universitären Ausbildung und seiner Berufsorientierung hat und gut informiert ist über die Universitäten, an denen sein Wunschfach angeboten wird. Und er sollte die Wahl des Fachs gut auf seine eigenen Talente abgestimmt haben.« Danach ist der Spitzenstudent mit sich schon fertig, bevor er überhaupt angefangen hat. Ein Studium verunsichert ihn nicht, er orientiert sich nicht um, er entwickelt sich nicht, er greift nicht in das Hochschulgeschehen ein, er sucht sich die Hochschule nur aus, und er hat Talente, die zu einem historisch vorfindlichen Fach passen wie der Pott zum Deckel (zum Beispiel Kleintierveterinär- oder Urologie-Talent). Zusammengefasst ist der Spitzenstudent erstens männlich und zweitens der Prototyp des angepassten Strebers. Mit Max Horkheimer for-

»Elite« – gesellschaftliche Ungleichheit als Programm

muliert: Ein Spitzenexemplar des »sich selbst frei fühlenden, die gesellschaftlichen Tatsachen als notwendig anerkennenden, die eigenen Interessen auf dem Boden der Wirklichkeit verfolgenden Individuums«.

Worum es bei der neuen Elitedebatte im Kern geht, hat die Adenauer-Stiftung der CDU schon 1992 auf den Punkt gebracht: »Wer Qualität sagt, der muss ... Selektion hinzudenken.« Wirklich? Wer Qualität sagt, muss *Qualifikation* hinzudenken. Aber: Selektion und Elite gehören schon insofern zusammen, als sie beide denselben Wortstamm haben. Offenkundig führt aber nicht jedes Ergebnis einer Auswahl dazu, dass die Erwählten als »Elite« gelten. Wer sich z.B. um den Posten einer Klofrau bewirbt und ausgewählt wird, zählt deswegen nicht zur Elite. Wohl aber führt die Perfektion in der Tötung von Menschen zur Subsumtion potenzieller Täter unter den Begriff der Elite: Man redet ja von *Elitetruppen*. Für besonders fähige Metzger wiederum gilt nicht, dass sie als Elite bezeichnet werden. Es gibt zwar *Eliteschlächter*, nicht aber *Eliteschlachter*. Das heißt: Es müssen schon Menschen – als Krone der Schöpfung – die Opfer sein, damit von Tötungs-*Eliten* die Rede sein kann.

Ohne Masse keine Elite

Es ist allerdings überhaupt nicht zwingend, über »Leistung« unter Nutzung des Terminus »Elite« zu reden. Sachlich lässt sich das, was neuerdings unter »Elite« verhandelt wird, unter Begriffen wie »Fachleute« o.ä. abhandeln. Die Rede von »Eliten« hat gegenüber sachbezogenen Überlegungen in erster Linie bestimmte *gesellschaftspolitische* Funktionen – vor allem die Abwertung des Restes der Bevölke-

rung als »Masse«. Für den Bildungsbereich soll die Unterscheidung von Elite und Masse vor allem unter Bezug auf einen biologistischen Begabungsbegriff als natürlich erscheinen. »Begabung« ist aber nicht etwas, das man beobachten kann, sondern etwas, mit dem man Beobachtetes deutet, interpretiert, erklärt. Das Zirkuläre der Begabungsvorstellung liegt darin, dass von beobachteter Leistung unvermittelt auf Begabung *geschlossen* wird, diese aber als Ursache der Leistung herhalten soll. »Chancengleichheit« bedeutet unter diesen Voraussetzungen nicht, dass gesellschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden müssen, gesellschaftliche Benachteiligungen von Menschen(gruppen) so weit als (in der kapitalistischen Gesellschaft) möglich zu verringern, sondern: Unter Vernachlässigung materieller Bedingungen wird gesellschaftliche Ungleichheit als Resultat unterschiedlich genutzter gleicher Chancen vernebelt. Anders: Wenn Migrantenkinder in der Schule versagen, zeigt das eben, dass sie »doof« sind. Bildung bedeutet dann auch nicht maximale Handlungsfähigkeit für möglichst viele, sondern nur für wenige Auserwählte auf Kosten aller anderen.

Die feinen Unterschiede

Über die ideologische Ausblendung des Unterdrückungszusammenhangs zwischen Elite und Masse hat sich schon Marx mokiert: »In einer längst verfloßenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der andren faulenzende, ihr alles und mehr verjubelnde Lumpen ... In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle.« Herrschaft verschwindet so in unterschiedlichen Eigenschaften von Menschen und wird zur quasi sachlogischen Notwendigkeit. In seinem Buch *Die feinen Unterschiede* hat Bourdieu eine Art semantisches oder Polaritätenprofil vorgelegt, worin sich die Nicht-Massenmenschen von den Massenmenschen unterscheiden: hoch/niedrig, spirituell/materiell, fein/grob, beweglich/schwerfällig, frei/gezwungen, weit/eng, einzigartig/gewöhnlich, intelligent/dümmlich.

Die *Rechtfertigung* dieser Sicht der Dinge obliegt den sozial »eingebetteten« Sozialwissenschaften, deren Entstehung, wie der Soziologe Martindale formulierte, eine »konservative Antwort« auf den Sozialismus als Bewegung war. Das gilt allemal für die Entstehung der »Massenpsychologie«, die die Auf- und Widerständigkeit der »Masse« zu irrationalisieren und zu pathologisieren hatte.

Diese Sozialwissenschaften erdachten sich im Zuge der Entstehung der Soziologie in den USA das Konzept der *social control*. Dieses ist so konzipiert, dass die schon Mächtigen das Steuer keinesfalls aus der Hand geben müssen. Anders: Die »Masse«, die Mehrheit der Bevölkerung, ist nicht

als *Subjekt* der Kontrolle über ihre Lebensumstände gedacht, sondern als *Objekt* der Kontrolle durch die Elite vorgesehen, ein Objekt, dessen *Befindlichkeit* allerdings ins Herrschaftskalkül einzubeziehen ist – zum Beispiel über sog.



Fotos (2):
Arbeiterfotografie.com



Meinungsumfragen statt eben über praktisches Eingreifen. In den Hochschulen soll Mitbestimmung so durch Rankings ersetzt werden.

Elite als antidemokratisches Konzept

Wie auch immer: Elite ist eben kein bloßer Beschreibungsbegriff, sondern ein historisch gewordenes und historisch belastetes Konzept, dessen *systematische* Verwendung heute wohl *kalkuliert* ist, auf jeden Fall den gezeigten Abwertungs-*Effekt* der »anderen« hat, ein Effekt, der sich auf den Begriff des *Anti-Egalitarismus* bringen lässt: Die Rede von der Elite dient der Legitimierung systematischer gesellschaftlicher und sozialer Ungleichheit. Diesem Diskurs ist allerdings nicht mit der abstrakten Forderung nach Gleichheit aller zu begegnen. Vielmehr geht es um die Beseitigung *struktureller* Ungleichheit bzw. um die Bedingungen dafür, dass individuelle Entfaltungsmöglichkeiten nicht durch jene strukturellen Benachteiligungen behindert werden, die der Elitediskurs naturalisiert.

Warum aber taucht die Elite-Diskussion gerade jetzt (mal) wieder auf? Oskar Negt diagnostizierte den »Zustand kultureller und sozialer Selbstzerrissenheit, in dem die sprunghaft angewachsenen Orientierungsbedürfnisse auf schnell beschreibbare Auswege drängen«. Je aussichtsloser die Lage erscheine, in der man aber nicht »bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse antasten« wolle, desto lauter erschalle der Ruf nach Eliten. In der Tat: Dieser Ruf ist die etwas vornehmere Variante der Stammtischforderung nach dem »starken Mann«, der mit der trägen Masse aufräumt, einer Masse, die in Gewerkschaften als derzeit zentralen gesellschaftlichen Blockadeinstanzen sich verschanzt – gegen eine angebliche gesellschaftliche Vernunft, die beispielsweise

Glutz mit seinem Elite-Fimmel als »Ein-Mann-Vernunft gegen das Dunkel des sozialistischen Ressentiments« repräsentiert, wie Norbert Bolz ihn anhimmt. »Leuchtturm« und »Armleuchter« scheinen mir hier nicht weit voneinander entfernt.

Herfried Münkler meint, die Eliten(vorstellung) »resozialisieren« zu können und zu müssen. Erst einmal aber werden sie von ihm ein wenig entschuldigt: »Die deutschen Eliten hatten nicht nur zwei Kriege verloren, sondern sich zuletzt auch mit Verbrechen eingelassen und gemein gemacht«. Eigentlich also »anständig« und selber keine Verbrecher, die Eliten hatten nur schlechten Umgang, so dass die Ablehnung von Eliten letztlich ungerecht ist. »Askese«, »Leistungsbereitschaft«, »Verpflichtungsbewusstsein« machen die Elite aus (die Masse natürlich nicht; vgl. Marx). Eine »demokratische Elitetheorie« müsse allerdings darüber hinaus »nach der Leistung der Eliten für die Gesellschaft fragen und dabei darauf bestehen, dass die Definition der erwarteten Leistung und die Überprüfung ihrer Erbringung in den Händen der Gesellschaft liegt« (Münkler). Das Problem ist

allerdings, dass in der Rede von der Gesellschaft »die prekäre und irrationale Selbsterhaltung der Gesellschaft umgefälscht (wird) zu einer Leistung ihrer immanenten Gerechtigkeit oder ›Vernünftigkeit‹«, wie es Adorno kritisch gegen den Elitegedanken formulierte. Da nun gerade Eliten die Reproduktion systematischer Ungleichheit markieren, bedeutete Demokratie in einer Perspektive, in der die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist, gerade nicht die Überprüfung von Eliten, sondern deren gesellschaftliche Überflüssigkeit. Die Konzepte »Elite« und »geistig-moralische Führung«, wie Helmut Kohl – der selber interessanterweise den Zusammenhang von Elite und Masse als psychophysisches Gesamtkunstwerk repräsentiert – das nannte, sind nicht demokratisierbar, sondern antidemokratisch.

von Prof. Dr. Morus Markard

lehrt und forscht am Institut für Psychologie
der FU Berlin im Studiengang
Subjektwissenschaften und Kritische Psychologie



High-Tech und Hartz

Durch Zwang und Konsens zur Erziehung neuer Arbeitskräfte

Dass der folgende Artikel vordergründig nichts mit Bildung zu tun hat, ist Schuld der Redaktion, die den Bildungsteil darin mangels Platz gestrichen hat¹⁾. Trotzdem trägt er zu unserem Schwerpunktthema Wichtiges bei: Er beleuchtet die sich grundlegend verändernden Produktions- und Lebensweisen als gesellschaftliche Basis auch von Bildungspolitik und hilft bei der Einschätzung des Elitediskurses.

Dass Produktionsweisen sich verändern, ist ein typisches Merkmal kapitalistischer Verhältnisse. Denn der Zwang der Konkurrenz führt zur permanenten Suche nach dem Produktivitätsvorteil. Aber eine Produktionsweise setzt sich nur durch – wird hegemonial – wenn eine entsprechende Veränderung der Lebensverhältnisse sie absichert. Die Produktionsweise, in die die meisten von uns hineinwachsen, nennt man »Fordismus«, nach Henry Ford, der als erster in seinen Autofabriken serienmäßige standardisierte Massenproduktion einführte. Sie ist gekennzeichnet durch hochgradig zerteilte »taylorisierte« Arbeitsabläufe, der ständigen Wiederholung ein und derselben Handgriffe am Fließband. Gegenüber der vorher eher handwerklich organisierten Produktion in den Fabriken, forderte es von den Arbeitern eine bis dahin nicht gekannte Disziplin, sich dem »Terror der Maschine« (Henry Ford: Mein Leben und Werk) zu unterwerfen. Nur mit Zwang war die nicht zu erreichen, deshalb zahlte Ford hohe Löhne und förderte eine Vielzahl institutioneller Einrichtungen, die seinen Arbeitern eine geregelte – familiär abgesicherte – Lebensführung ermöglichten. Das sog. »Normalarbeitsverhältnis« setzte sich durch,

d.h. der dauerhaft, vollzeitbeschäftigte, mit umfangreichen sozialen Rechten ausgestattete, häufig gewerkschaftlich organisierte, »weiblich, männliche« Arbeitnehmer. Aber die aus dieser Produktionsweise erwachsenden Widersprüche – sowohl was die Produktions- als auch, was die Lebensverhältnisse betrifft – treiben den Prozess weiter. Unser Autor beschreibt den gegenwärtigen Stand dieser Entwicklung in seinem Buch »Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie«, 2004 erschienen im Argument-Verlag. Er regt damit an, darüber nachzudenken, ob es ausreicht, sich auf das »Normalarbeitsverhältnis« zu beziehen, wenn wir unsere Forderungen zur notwendigen Verteidigung mühsam ertrotzter sozialer Errungenschaften formulieren.

Karin Just



Foto aus »100 Jahre Metall im Blick«

Zentrale gesellschaftliche Funktion des Neoliberalismus ist das Management des Übergangs zur transnationalen informationstechnologischen Produktionsweise. Diese basiert auf der Kombination mikroelektronischer und informationeller Technologien mit dem erweiterten Wissen und der Erfahrung der unmittelbaren Produzenten. Sie bedarf nicht nur

veränderter Formen der inner- und zwischenbetrieblichen Produktionsorganisation, sondern auch einer Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse.

Im Gegensatz zur »fordistischen« Produktionsweise, die unsere Gesellschaft bis in die späten 1970er Jahre hinein prägte, wird dabei stärker auf die »Produktionsintelligenz«, das infor-

¹⁾ Wir stellen ihn in voller Länge auf unsere Homepage (www.bayern.gew.de).

Glutz mit seinem Elite-Fimmel als »Ein-Mann-Vernunft gegen das Dunkel des sozialistischen Ressentiments« repräsentiert, wie Norbert Bolz ihn anhimmt. »Leuchtturm« und »Armleuchter« scheinen mir hier nicht weit voneinander entfernt.

Herfried Münkler meint, die Eliten(vorstellung) »resozialisieren« zu können und zu müssen. Erst einmal aber werden sie von ihm ein wenig entschuldigt: »Die deutschen Eliten hatten nicht nur zwei Kriege verloren, sondern sich zuletzt auch mit Verbrechen eingelassen und gemein gemacht«. Eigentlich also »anständig« und selber keine Verbrecher, die Eliten hatten nur schlechten Umgang, so dass die Ablehnung von Eliten letztlich ungerecht ist. »Askese«, »Leistungsbereitschaft«, »Verpflichtungsbewusstsein« machen die Elite aus (die Masse natürlich nicht; vgl. Marx). Eine »demokratische Elitetheorie« müsse allerdings darüber hinaus »nach der Leistung der Eliten für die Gesellschaft fragen und dabei darauf bestehen, dass die Definition der erwarteten Leistung und die Überprüfung ihrer Erbringung in den Händen der Gesellschaft liegt« (Münkler). Das Problem ist

allerdings, dass in der Rede von der Gesellschaft »die prekäre und irrationale Selbsterhaltung der Gesellschaft umgefälscht (wird) zu einer Leistung ihrer immanenten Gerechtigkeit oder ›Vernünftigkeit‹«, wie es Adorno kritisch gegen den Elitegedanken formulierte. Da nun gerade Eliten die Reproduktion systematischer Ungleichheit markieren, bedeutet Demokratie in einer Perspektive, in der die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist, gerade nicht die Überprüfung von Eliten, sondern deren gesellschaftliche Überflüssigkeit. Die Konzepte »Elite« und »geistig-moralische Führung«, wie Helmut Kohl – der selber interessanterweise den Zusammenhang von Elite und Masse als psychophysisches Gesamtkunstwerk repräsentiert – das nannte, sind nicht demokratisierbar, sondern antidemokratisch.

von Prof. Dr. Morus Markard

lehrt und forscht am Institut für Psychologie
der FU Berlin im Studiengang
Subjektwissenschaften und Kritische Psychologie



High-Tech und Hartz

Durch Zwang und Konsens zur Erziehung neuer Arbeitskräfte

Dass der folgende Artikel vordergründig nichts mit Bildung zu tun hat, ist Schuld der Redaktion, die den Bildungsteil darin mangels Platz gestrichen hat¹⁾. Trotzdem trägt er zu unserem Schwerpunktthema Wichtiges bei: Er beleuchtet die sich grundlegend verändernden Produktions- und Lebensweisen als gesellschaftliche Basis auch von Bildungspolitik und hilft bei der Einschätzung des Elitediskurses.

Dass Produktionsweisen sich verändern, ist ein typisches Merkmal kapitalistischer Verhältnisse. Denn der Zwang der Konkurrenz führt zur permanenten Suche nach dem Produktivitätsvorteil. Aber eine Produktionsweise setzt sich nur durch – wird hegemonial – wenn eine entsprechende Veränderung der Lebensverhältnisse sie absichert. Die Produktionsweise, in die die meisten von uns hineinwachsen, nennt man »Fordismus«, nach Henry Ford, der als erster in seinen Autofabriken serienmäßige standardisierte Massenproduktion einführte. Sie ist gekennzeichnet durch hochgradig zerteilte »taylorisierte« Arbeitsabläufe, der ständigen Wiederholung ein und derselben Handgriffe am Fließband. Gegenüber der vorher eher handwerklich organisierten Produktion in den Fabriken, forderte es von den Arbeitern eine bis dahin nicht gekannte Disziplin, sich dem »Terror der Maschine« (Henry Ford: Mein Leben und Werk) zu unterwerfen. Nur mit Zwang war die nicht zu erreichen, deshalb zahlte Ford hohe Löhne und förderte eine Vielzahl institutioneller Einrichtungen, die seinen Arbeitern eine geregelte – familiär abgesicherte – Lebensführung ermöglichten. Das sog. »Normalarbeitsverhältnis« setzte sich durch,

d.h. der dauerhaft, vollzeitbeschäftigte, mit umfangreichen sozialen Rechten ausgestattete, häufig gewerkschaftlich organisierte, »weiblich, männliche« Arbeitnehmer. Aber die aus dieser Produktionsweise erwachsenden Widersprüche – sowohl was die Produktions- als auch, was die Lebensverhältnisse betrifft – treiben den Prozess weiter. Unser Autor beschreibt den gegenwärtigen Stand dieser Entwicklung in seinem Buch »Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie«, 2004 erschienen im Argument-Verlag. Er regt damit an, darüber nachzudenken, ob es ausreicht, sich auf das »Normalarbeitsverhältnis« zu beziehen, wenn wir unsere Forderungen zur notwendigen Verteidigung mühsam ertrotzter sozialer Errungenschaften formulieren.

Karin Just



Foto aus »100 Jahre Metall im Blick«

Zentrale gesellschaftliche Funktion des Neoliberalismus ist das Management des Übergangs zur transnationalen informationstechnologischen Produktionsweise. Diese basiert auf der Kombination mikroelektronischer und informationeller Technologien mit dem erweiterten Wissen und der Erfahrung der unmittelbaren Produzenten. Sie bedarf nicht nur

veränderter Formen der inner- und zwischenbetrieblichen Produktionsorganisation, sondern auch einer Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse.

Im Gegensatz zur »fordistischen« Produktionsweise, die unsere Gesellschaft bis in die späten 1970er Jahre hinein prägte, wird dabei stärker auf die »Produktionsintelligenz, das infor-

¹⁾ Wir stellen ihn in voller Länge auf unsere Homepage (www.bayern.gew.de).

melle Erfahrungswissen, die Kreativität und selbst die Emotionalität« der unmittelbaren Produzenten gesetzt (Dörre). Mit dieser Repositionierung des Wissens und der Subjektivität ist eine erweiterte relative Autonomie der Beschäftigten im Arbeitsprozess verbunden. Denn je höher der Grad an Verwissenschaftlichung der Tätigkeiten, desto schwieriger wird es, eine direkte Kontrolle über den Arbeitsprozess aufrechtzuer-



Foto: David Ausserhofer

halten. Der genaue Ablauf der Tätigkeiten wird nicht mehr vorgegeben, sondern den Beschäftigten weitgehend selbst überlassen; Hauptsache das vorgegebene Ziel wird erreicht. Die Einbindung des Wissens der Beschäftigten macht die Tätigkeiten generell interessanter und vielfältiger. Ihre Faszination verführt auch zum längeren Arbeiten. »Indem Arbeit geistige Arbeit ist, kann sie vor den Fabrikatoren und Bürotüren nicht halt machen. Die Probleme werden mit nach Hause genommen. Sie durchsetzen die Freizeit«, wollen gelöst werden. »Solche Praxen verändern das Familienleben, wenn sie allgemein werden« (F.Haug).

Damit kommt die neue Form dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und selbstverantwortlichen Arbeitsweisen entgegen. Eingezwängt in fremdbestimmte, betrieblich kontrollierte Grenzen, beschränkt sich die Autonomie allerdings auf einen engen Bereich des für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens Förderlichen. Damit sind Beschäftigte gezwungen, Flexibilitäts- und Effizienzanschauungen sowie unternehmerisches Denken in ihre eigenen Denk- und Handlungsmuster zu internalisieren. Die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapitalverhältnis erreicht eine historisch-qualitativ neue Stufe. Die Ausbeutung abhängiger Arbeitskraft durch das Kapital wird durch Delegation erweiterter und zugleich eingegrenzter Spielräume auf das tätige Subjekt in Richtung »Selbstaubeutung« verschoben. Wer dem Druck der Konkurrenz und des Konformismus in der Arbeitswelt nicht standhalten kann – der sich in den Alltag, in den Kreis von Familie und Bekannten, in die Freizeit, den Sport etc. fortsetzt, – hat die Möglichkeit sich über ein vielfältiges Angebot von Therapien wieder »fit« machen zu lassen. Lohn und Freizeit werden zunehmend zugunsten der individuellen Leistungsfähigkeit und ökonomischen Verwertbarkeit verausgabt – immer mehr Zeit und Geld wird für Fitness, Wellness und nicht zuletzt Psychotherapie oder andere, mehr esoterische Angebote verwendet.

Der Grad der Selbstaubeutung und der Autonomie ist dabei umkämpft. Da das Wissen der unmittelbaren Produzenten unverzichtbar geworden ist, besteht eine gewisse Not-

wendigkeit zur ausgehandelten Einbindung, erweiterter Partizipation und Requalifizierung. Angesichts geschwächter kollektiver Interessenvertretung und verschärfter Konkurrenz um Arbeit gelingt es aber, die Einbindung auf die individuelle Ebene zu beschränken. Neue (oftmals kollektivvertraglich vereinbarte) Partizipationsformen wie Mitarbeiter- und Zielvereinbarungsgespräche tragen zur Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse bei. Zum Teil werden neotayloristische¹⁾ Formen der Arbeitsorganisation eingeführt und die Einbindung wird zunehmend auf Arbeiter mit zentralen Positionen innerhalb des Produktionsprozesses beschränkt.

Subjektivitäten und Widersprüche ...

Die damit verbundene Entsolidarisierung stellt sich für große Teile der Beschäftigten jedoch nicht nur negativ als Verlust einer gemeinsamen (Arbeiter)Identität dar, v.a. für die jüngeren Generationen entspricht dies einer Befreiung von jahrzehntelanger, immer gleicher, monotoner Arbeit, einer neuen Vielfältigkeit von Lebensstilen und der Ausbildung von *patchwork*-Identitäten. Insbesondere hochausgebildete und erfolgreiche Beschäftigte fühlen sich ihrem eigenen Selbstverständnis nach nicht länger als Angestellte oder gar Arbeiter, sondern vielmehr als eigenverantwortlich handelnde, unternehmerisch denkende, selbstständige Individuen, die ihre Interessen selbst vertreten können. Ihre Arbeit organisiert sich flexibel um zeitlich begrenzte Projekte, verbunden mit hohen Mobilitätsanforderungen. Für diese Beschäftigtengruppen in Forschung und Entwicklung, in unternehmensnahen Dienstleistungen, Medien, Werbung und Design, in Architekturbüros und in der Wissenschaft, aber auch für eine zunehmende Anzahl hochqualifizierter Beschäftigter in der industriellen Fertigung erhält die ideologisch überhöhte Rede vom »Arbeitskraftunternehmer« als neue gesellschaftliche Form der Ware Arbeitskraft eine gewisse Relevanz. Sie spiegelt die Etablierung eines neuen Alltagsbewusstseins wider, das den Erfordernissen neuer gesellschaftlicher Praxen entspricht. Nicht nur von den begehrten Spezialisten wird die damit verbundene Spannung zwischen persönlicher Autonomie und zunehmender Ungewissheit durchaus *auch* als Zugewinn erfahren. Die neuen Formen der Arbeit unter neoliberaler Hegemonie artikulieren eine ganze Reihe alter Forderungen der Linken (der Arbeiter- wie der Frauen- oder 68er-Bewegung), aber unter den herrschenden Kräfteverhältnissen in einer verkehrten Weise. Nichtsdestoweniger sind es gerade diese ver-*rückten* emanzipativen Momente, die das neoliberale Projekt zustimmungsfähig machen.

... am Beispiel der Frauen

Frauen erleben dabei die Widersprüche der neuen Arbeitsformen in besonderer Weise. Die tendenzielle Selbstverständlichkeit weiblicher Berufstätigkeit tritt zeitgleich mit der Verknappung der Arbeitsplätze aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit und damit verschärfter Konkurrenz auf. Gegenüber

1) z.B. hoch arbeitsteilige und routinisierte Arbeiten in Callcentern

paternalistischen staatlichen und familiären Verhältnissen (des Fordismus) überträgt der Markt die Verantwortung auf die Frauen selbst, verbunden mit dem Versprechen, dass die persönliche Tüchtigkeit und Leistungsbereitschaft potentiell zum Erfolg führen kann. Dies macht den neoliberalen Umbau der Gesellschaft, von Geschlechterverhältnissen und die Individualisierung der Arbeitsverhältnisse für große Teile der weiblichen Bevölkerung zustimmungsfähig und führt gleichzeitig zur Zersetzung der Frauenbewegung. Kollektive Organisationsformen zur Durchsetzung ihrer Interessen werden auch von Frauen kaum noch anvisiert, meist als altmodisch und männerfeindlich empfunden. Doch die gewonnene Freiheit ist zugleich ein Zwang. Einerseits sehen sich Frauen aufgrund sinkender Einkommen der Männer und der Unterminierung des fordistischen Familienernährermodells gezwungen eine Beschäftigung aufzunehmen, andererseits haben ein verändertes Selbstverständnis und die verbesserte Ausbildungssituation von Frauen dazu geführt, dass sie eine Erwerbsarbeit als Mittel zur Selbstverwirklichung und Gleichberechtigung oder zumindest zur ökonomischen Unabhängigkeit betrachten. Entsprechend haben die geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen deutlich abgenommen. Es ist heute weitaus



schwieriger, »die Frauen« insgesamt auf schlecht bezahlte und perspektivlose Jobs abzudrängen. Die Kehrseite davon ist die wachsende Kluft zwischen hoch und niedrig qualifizierter Arbeit – auch und gerade zwischen Frauen. Um ihre volle Arbeitskraft auf dem Markt anbieten zu können, ist die »dreifach freie Lohnarbeiterin« erforderlich (Brensell/Habermann), d.h. (im Anschluss an Marx) nicht nur frei von Produktionsmitteln und frei ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sondern auch frei von den notwendigen Reproduktionsarbeiten. Erfolgreiche Karriere-Frauen können sich von alten Familienformen emanzipieren, indem sie auf die billige – häufig illegalisierte – Arbeitskraft von Migrantinnen für die häusliche Reproduktionsarbeit zurückgreifen. Vor allem im informellen Sektor entstehen neue Geschlechterdifferenzen und -hierarchien, die durch klassenspezifische sowie ethnische und nationale Zuschreibungen noch einmal gravierend verschärft werden.

Neuzusammensetzung der Klassen

Mit der Durchsetzung einer transnationalen informationstechnologischen Produktionsweise ist eine Zersetzung und

Neuzusammensetzung der Arbeiterklassen verbunden. Es kommt zum Abbau fordistischer Arbeitsverhältnisse, der Entwicklung neuer Berufe und Branchen, sektoriellen Verschiebungen sowie zu neuen Spaltungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Gruppen von Beschäftigten. Der Geltungsbereich des sog. Normalarbeitsverhältnisses wird von außen wie von innen, von Seite der »Arbeitgeber« wie von den Beschäftigten selbst, zunehmend eingeschränkt. Jenseits dieses immer noch quantitativ bedeutsamen Torsos, der früher einmal als »Proletariat« bezeichnet wurde, tauchen zwei neue Gruppen von Beschäftigten oder Klassenfraktionen auf: Zum einen entsteht eine Gruppe hochqualifizierter, flexibler, in Projektarbeit beschäftigter Individuen, die den alten Habitus des Arbeiters abgelegt haben, gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, deren Tätigkeiten durch die Bedienung/Beherrschung von I&K-Technologien geprägt sind – das moderne *Kybertariat*. Zum anderen wächst unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit ein wachsendes Subproletariat in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und geringer Entlohnung heran – das moderne *Prekariat*.

Beiden Gruppen gemeinsam ist die deformalisierte und individualisierte Form der Aushandlung und Mikro-Regulation von Arbeitsverhältnissen; sie unterscheiden sich jedoch fundamental in ihrer jeweiligen Stellung innerhalb des Produktionsprozesses. Beide sind Teil einer allgemeinen Prekariisierung der Arbeit, die keine Randerscheinung darstellt, vielmehr immanenter Teil der ökonomischen Restrukturierung und Voraussetzung fortschreitender »Flexploitation«²⁾, ist verbunden mit einer wachsenden Einkommenspolarisierung. Sie bezieht sich nicht nur auf den Bereich »einfacher« Dienstleistungstätigkeiten in Haushalt, Handel, Gastronomie, Transport oder Pflege, sondern findet sich auch in Werbeagenturen, bei JournalistInnen, WebdesignerInnen und WissenschaftlerInnen



und hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebensweise. Die Grenze zwischen beiden Sphären der Arbeit – etwa zwischen Putzfrau und Computerarbeiterin, auch innerhalb des selben Unternehmens – sind allerdings so scharf, dass die unterschiedlichen Arbeiten nicht mehr als Kooperationsbeziehungen wahrgenommen werden, Kommunikation kaum noch stattfindet. Die Verunsicherung dringt zugleich bis in den Kern der noch sicheren Beschäftigung vor. Sie wird besonders spürbar, wenn reguläre Arbeitsplätze durch flexible Beschäftigung, etwa Leiharbeit, ersetzt wird. Prekäre Arbeitskräfte werden dann als eigentliche Bedrohung wahrgenommen, Spaltungen zwischen Beschäftigten vertieft. Solche Spaltungen sind auch Gegenstand einer nie abreißenden Bearbeitung durch die ideologischen Mächte. Noch einmal überformt durch geschlechtliche und ethnisch-nationale Zuschreibungen, bieten sie durch die Verallgemeinerung von Prekariisierung zugleich eine Chance, die Frage nach der sog. »Einheit« der Arbeiterklasse und

²⁾ »Flexploitation« ist zusammengesetzt aus Flexibilität und Exploitation (Ausbeutung), benennt also plakativ flexible moderne Formen intensivierter Ausbeutung.

der Verallgemeinerung von Positionen auf dem Niveau der informationstechnologischen Produktionsweise neu zu stellen.

Polarisierte Dienstleistungsökonomie und Erziehung der Arbeitskräfte

Diese Polarisierung der Klassen und von Klassenfraktionen soll einen funktionierenden Markt für Dienstleistungen hervorbringen, auf dem ein billiges Angebot ungesicherter Arbeitskräfte auf eine kaufkräftige Nachfrage der »Arbeitskraftunternehmer« trifft. Solche Strategien sollen zugleich effektiv die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen und kombinieren die Steigerung relativen Mehrwerts mit der verstärkten Auspressung absoluten Mehrwerts. Die Hartz-Gesetze sorgen mit der Regulation der Niedriglohnarbeit für die Erziehung der Arbeitskräfte an die neuen Anforderungen.

Ziel der »Reform« des Sozialstaates im Zuge der Hartz-Gesetze ist, über die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten unterhalb der alten »Normarbeitsverhältnisse« Arbeitskräfte zur Reintegration in die Lohnarbeit zu motivieren – notfalls mit Zwang. Der Appell an Eigeninitiative und -verantwortlichkeit ist ja an sich nicht falsch, die Vermittlung von Arbeitslosen besser als ihre bürokratische Verwaltung – beides sieht jedoch von den realen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sowie von konkreten Arbeitsbedingungen v.a. im Niedriglohnsektor ab. Statt Menschen zur Selbstverantwortung zu befähigen, verkehrt der autoritäre Zwang diese zur perma-

nenen Selbstdemütigung: Arbeit muss unter allen Umständen akzeptiert werden, sonst drohen Sanktionen. Der neoliberale Individualismus ist autoritär verordnet.

Für Unternehmen winkt auf der anderen Seite die Möglichkeit zur Verwirklichung der »atmenden Fabrik«: die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte kann durch Leiharbeiter der jeweiligen Nachfrage flexibel angepasst werden. Um die Kernbelegschaften herum wird damit der Kündigungsschutz faktisch abgeschafft. Leiharbeiter können sogar kostenlos auf Probe eingestellt werden, Langzeitarbeitslose können unterhalb der geltenden Tarife beschäftigt werden. Die Reformen setzen auf die neoliberalen Mechanismen der »Anreize«: positive Anreize für Vermittler und Unternehmen, negative für Arbeitslose. Dabei enthält die Abkehr von der ausschließlichen Kriminalisierung von Schwarzarbeit durch die Legalisierung von sozialabgabenfreien Niedriglohnexistenzen durchaus ein fortschrittliches Element, zugleich aber ist dies ein erheblicher Rückschritt, da damit auf eine Perspektive angemessener gesellschaftlicher Teilhabe durch Arbeit verzichtet und eine wachsende Gruppe der *labouring poor* – insbesondere von Frauen – staatlich organisiert wird.

von Dr. Mario Candeias

Uni Jena und Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT), Redakteur der Zeitschrift »Das Argument«
aktiv in diversen soziale Bewegungszusammenhängen
Mitglied der GEW



Mario Candeias wird auf der Fachtagung anlässlich der LVV der GEW Bayern am 12.3. (s. S. 23 und 24) seine Arbeit mit uns diskutieren.



Stadt Augsburg

Zum Schuljahr 2005/2006 suchen wir verschiedene Lehrkräfte für unsere städtischen Schulen:

Für unsere Gymnasien

Maria-Theresia- und Jakob-Fugger-Gymnasium

- **Lehrkräfte** mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Gymnasien

Für unsere beruflichen Schulen

(Berufsschulen und Reischlesche Wirtschaftsschule)

- **Lehrkräfte** mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen sowie Fachlehrer/innen

Ferner suchen wir

Diplomhandelslehrer/innen

Für unsere

Reischlesche Wirtschaftsschule

bzw. für den Einsatz an unseren Berufsschulen

- **Lehrkräfte** mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Gymnasien sowie **Fachlehrer/innen**

Für unsere Agnes-Bernauer-Schule

(Realschule mit angegliederter Abendrealschule für Berufstätige)

- **Lehrkräfte** mit abgeschlossener Ausbildung für das Lehramt an Realschulen

Ihre Bewerbung senden Sie bitte bis spätestens **15.04.2005** mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugniskopien an die Stadt Augsburg, Personalamt, Personalwirtschaft/2, An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg.

Telefonische Auskünfte werden unter Rufnummer 0821/324-22 33 erteilt.

Die näheren Einzelheiten, insbesondere die benötigten Fachrichtungen sowie die Bewerbungsmodalitäten entnehmen Sie bitte unseren aktuellen Informationen im Internet unter www.augsburg.de **Rubrik Stellenangebote**. Sie sind Bestandteil dieser Ausschreibung.



Störer und Gestörte

Macht-Ohnmacht-Spiralen zwischen »nicht schulfähigen« Jugendlichen und ihren Professionellen in der Regelschule

Foto: David Ausserhofer

Es gibt Jugendliche, die ihre ErzieherInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen in schier endlose und eskalierende Konflikte verstricken – Konflikte, aus denen es schließlich nur noch einen Ausweg zu geben scheint: die Arbeit mit ihnen aufzugeben. Wie aber schaffen es diese Jugendlichen, die von Erwachsenen als »besonders schwierig«, als »nicht schulfähig« oder »nicht beschulbar«, als »verhaltensgestört« oder »seelisch belastet« bezeichnet werden, so große und durchaus mächtige Institutionen wie Schule und Jugendhilfe »zum Tanzen« zu bringen, zum Tanzen nach ihren oft schrillen Melodien? Wie gelingt es ihnen, dass kompetente, erfahrene und nicht selten engagierte professionelle HelferInnen sich hilflos in Konflikte mit ihnen verstricken lassen, dabei häufig ihre Professionalität einbüßen und schließlich keine andere »Lösung« mehr sehen, als sie weiterzureichen oder auszustoßen? Wie kommt es zu jenen sich wiederholenden Macht-Ohnmacht-Spiralen zwischen diesen Jugendlichen und ihren Professionellen, zu den erbitterten Kämpfen um Macht und Kontrolle, die sich über Jahre hinziehen können, in deren Verlauf sich Täter und Opfer, Störer und Gestörte immer ähnlicher werden und an deren Ende nur besiegte Sieger und siegreiche Verlierer stehen? Wie ist es möglich, dass Jugendliche so mächtig, dass ihre professionellen HelferInnen so ohnmächtig werden; und wie, dass in diesen Konfliktgeschichten *Störer und Gestörte* fast traumwandlerisch einander »zuarbeiten«, sich wechselseitig vorantreibend, als seien sie in geheimen Komplizenschaften miteinander verbunden?

Warum eskalieren Konflikte?

Ein interdisziplinäres Forschungsprojekt¹⁾ hat Konfliktgeschichten nicht beschulbarer Jugendlicher untersucht und Antworten auf diese Fragen gesucht. Zentrale Annahme war, dass die Beziehungen dieser Jugendlichen mit den Institutionen von Schule und Jugendhilfe deshalb regelmäßig zu Macht-Ohnmacht-Konflikten eskalieren, weil die Jugend-

¹⁾ des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. Main und des Instituts für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie in Frankfurt a. Main

lichen sehr effektiv ihre inneren Beziehungsmuster reinszenieren und die Institutionen darauf ihrerseits so reagieren, dass die unbewussten Erwartungen und Strategien der Jugendlichen bestätigt und verstärkt werden. Unser Forschungsinteresse galt also den individuellen und institutionellen Bedingungen solcher *Verstrickungen* in den Konfliktgeschichten der Jugendlichen mit Schule und Jugendhilfe.

Die Untersuchung von Konfliktgeschichten als *Beziehungsgeschichten* rückt einen Aspekt schulischer Realität ins Zentrum der Aufmerksamkeit, der zwar allgegenwärtig ist und Schule geradezu konstituiert, der sich aber dennoch dem

Prozess professioneller Rationalisierung besonders erfolgreich hat entziehen können: die sozialen Beziehungen in der Schule. Dass diese von ganz zentraler Bedeutung sind – nicht zuletzt dafür, dass Schule ihre Ziele und Zwecke überhaupt realisieren kann – ist eine triviale Feststellung, ebenso trivial wie die Einsicht, dass Schule unentwegt damit befasst ist, die schulischen sozialen Beziehungen zu nutzen, zu formen oder zu unterdrücken. Doch die Konfliktgeschichten schwieriger Jugendlicher mit Schule zeigen durchweg, dass diese »Strukturierung« des Sozialen unter gewichtigen Defiziten leidet. Schule setzt bestimmtes *soziales Verhalten* eher voraus, als dass sie es professionell bildet; Schule beeinflusst *soziales Lernen* gleichsam nebenbei und meist unmittelbar agierend, selten aber systematisch und reflektiert. Und Schule reagiert auf unangepasstes, störendes soziales Verhalten im Extremfall eher hilflos, aggressiv oder permissiv, eher sanktionierend oder übersehend, selten aber kompetent, verstehend und gezielt intervenierend. Der Professionalisierungsschub der zurückliegenden Jahrzehnte hat sich weitgehend auf das Feld der Vermittlung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Wissen konzentriert; das Feld sozialer Beziehungen jedoch – und das schließt den Erziehungsauftrag der Schule ein – ist durch eine große Professionalisierungsglücke geprägt. Eklatant deutlich und in ihren Folgen fatal wird diese Lücke immer dann, wenn von der Schule stillschweigend vorausgesetzte soziale Kompetenzen *nicht* vorliegen, wenn Eltern und Familien *nicht* dafür Sorge tragen (können), dass ihre Kinder schulfähig, schulfähig oder beschulbar sind; wenn Kinder oder Jugendliche *nicht* bereit oder fähig sind, die Angebote der Schule für ihre Entwicklung zu nutzen, die Hilfen der Jugendhilfe anzunehmen.

Wer ist schuld?

Bleibt Schule erfolglos, weil SchülerInnen nicht über die erforderlichen sozialen Kompetenzen verfügen und die Regelschule mit ihren pädagogischen Maßnahmen an ihre Grenzen stößt, wird die Familie gefordert. Unsere Fallgeschichten zeigen, dass dieser Mechanismus in allen Fällen

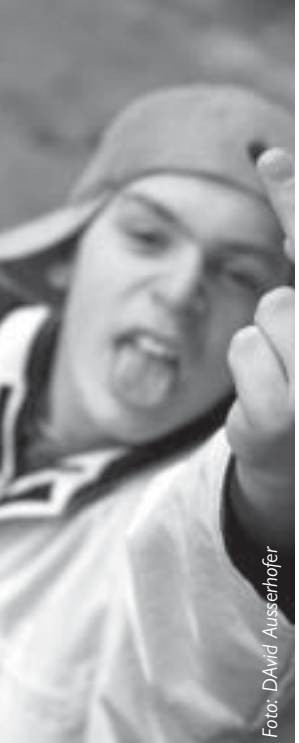


Foto: David Ausserhofer

ebenso prompt wie sinnlos einsetzt. Die Politik der Schule, Verhaltenskorrekturen durch die Eltern einzufordern oder einzuklagen, macht deutlich: Schule erwartet hier die Erziehungsleistung der Eltern, weil sie selbst sich nicht in der Lage dazu sieht; damit entlastet Schule sich, entlässt sich aus der Verantwortung für ihr Scheitern an den Problemen dieser »schwierigen« Kinder und Jugendlichen. Wo sich aber hinter deren Schwierigkeiten genau jene Probleme verbergen, die belastbare Arbeitsbündnisse zwischen Schule und Eltern so verhindern und wo die Schule ihrerseits weder bereit noch in der Lage ist, solche Arbeitsbündnisse zu entwickeln und zu pflegen, setzt fast zwangsläufig die Mechanik von Sanktion und

Selektion ein – meist eingebettet in wechselseitige Schuldzuweisungen.

Man könnte von zwei geheimen Basisregeln sprechen, die schulische Konflikte antreiben: *Du darfst nicht versagen!* und *Schuld ist immer der/die Andere!* Wechselseitige Schuldzuschreibungen dienen nicht der Arbeit mit den schwierigen Jugendlichen – sie dienen der Selbstentlastung bei stets drohendem Scheitern und Versagen.

Mit dem Begriff der *strukturellen Verantwortungslosigkeit* haben wir versucht, das allgegenwärtige Spiel um wechselseitige Schuldzuschreibungen zu verlassen. Es gibt verantwortungsloses und schuldhaftes Handeln in dem von uns untersuchten Feld, es gibt Scheitern und Versagen bei allen Beteiligten – doch es kommt darauf an, die *institutionellen und strukturellen* Bedingungen, die verantwortliches Handeln behindern oder verbieten, zu identifizieren *und* zu verändern, Kompetenzen und Ressourcen für verantwortliches Handeln anzufordern, bereitzustellen oder aufzubauen. Wichtigste Voraussetzung dafür wäre zunächst die Bereitschaft, aus Fehlern, aus Scheitern und Versagen zu lernen – und das heißt auch, von den Störern zu lernen.

Scheitern als Erfolg?

Die Jugendlichen unserer Untersuchung scheitern nicht einfach, weil sie den Anforderungen der Regelschule nicht gewachsen sind. Sie scheitern *erfolgreich*, aktiv, als bemühten sie sich geradezu ums Scheitern. Sie scheinen nicht unter ihrem Versagen zu leiden, keine Angst vor dem Scheitern zu haben. Sie sind vielleicht die Einzigen überhaupt in der Schule, die sich *frei* von dieser Angst wähnen. Jenes erste schulische Gebot »Du darfst nicht scheitern!« hat für sie und über sie keine Macht. Schule und LehrerInnen aber sind genau darauf angewiesen: auf die Angst vor dem Versagen und dem Scheitern, auf die Bereitschaft, sich ein- und unterzuordnen, Regeln halbwegs zu befolgen – um nicht zu scheitern – und auf Freude und Stolz bei Erfolg. Pädagogische und ordnungspolitische Maßnahmen sollen die Schü-

lerInnen dazu bringen, das Spiel mitzuspielen; *und* sie sind wirkungsvoll nur dort, wo diese Bereitschaft grundsätzlich vorliegt. Wo dieses Spiel gemeinsam gespielt wird, funktioniert auch die obligatorische Verteilung von Lob und Tadel, Gratifikation und Sanktion, Auslese und Selektion – und nicht zuletzt von Schuldvorwürfen und Selbstentlastungen.

Wir haben keine Rezepte anzubieten und keine Lösungen. Unsere *Konfliktgeschichten* sind aber ein starkes Plädoyer für sorgfältige frühe pädagogische und therapeutische Interventionen, für die Integration von Hilfe- und Förderprozessen, für interdisziplinäre Fallarbeit und Fallberatung und für kontinuierlichen Einsatz professioneller Instrumente des kollegialen und interdisziplinären Fallverstehens – dabei gibt es keine Gewissheit, dass Scheitern vermieden werden kann. Zu lernen wäre also etwas über eigene Grenzen, über die Notwendigkeit fachlicher, interdisziplinärer Beratung, über Einsicht in unverzichtbare fachliche, durch Dritte unterstützte, kontinuierliche Reflexion eigenen Handelns und etwas über notwendige Bescheidenheit in den Anforderungen an die eigenen professionellen Künste. Vor allem: Eine neue Perspektive auf diese schwierigen Jugendlichen ist geboten. Ihre Störungen sind häufig unverzichtbare Überlebensstrategien, unglückliche, destruktive, kranke und krankmachende Strategien, die Entwicklung, Lernen, wachsende Reife und erwachsene Autonomie sabotieren; aber es sind Überlebensstrategien mit Sinn. Diese Störungen werden nur aufgegeben, wenn verlässliche und bessere Alternativen annehmbar erscheinen.

Institutionelle Defizite der Regelschule

Die von uns untersuchten Konfliktgeschichten nicht beschulbarer Jugendlicher mit Schule und Jugendhilfe hatten alle ihren Ort *im* Regelschulsystem. Die Frage jedoch, ob für das *Regelschulsystem* aus diesem Scheitern etwas zu lernen wäre, ist zunächst eine schulpolitische Frage und hat etwas damit zu tun, ob die Regelschule sich für diese schwer gestörten Kinder und Jugendlichen zuständig weiß oder nicht. Immerhin ist es ein Tatbestand, dass diese sich über eine lange Reihe von Jahren *im* Regelschulsystem aufhielten und dort viel Zeit, Energie und Nerven kosteten – eigene und die der Professionellen – also zumindest nachhaltig fehlplatziert waren. Beim gegenwärtigen Stand unserer Forschungsarbeiten und Überlegungen sehen wir drei gute Gründe, die Befunde aus unserer Forschung in der beruflichen Praxis auch im Regelschulbereich ernst zu nehmen:

Es gibt offensichtlich eine sehr breite Grauzone von verhaltensauffälligen und »mehr oder weniger« nicht beschulbaren Kindern und Jugendlichen. Kindertagesstätten in sozial benachteiligten städtischen Quartieren sehen bei 30 bis 45 % ihrer Kinder Entwicklungsrückstände von mindestens einem Jahr und bei der Hälfte von ihnen einen dringenden vorschulischen Erziehungshilfebedarf. GrundschullehrerInnen in Stadtteilen mit hoher Armuts- und Ausländerpopulation schätzen den Anteil nicht schulreifer und nicht beschulbarer Kinder auf 15 bis 25 % und in den von uns kon-

taktierten Hauptschulen wurde mit großer Regelmäßigkeit ein Anteil um 20 % nicht schulfähiger Jugendlicher in den Klassen genannt.

Unsere Falluntersuchungen geben Hinweise darauf, dass nicht beschulbare Kinder und Jugendliche in ihren Schulkarrieren in gewisser Weise Lernprozesse machen – allerdings negative Lernprozesse. Ihre Konflikterfahrungen in der Regelschule verstärken und stabilisieren nicht selten ihre psychischen Störungen und werden in zwanghafte und gewaltsame Abwehrstrukturen eingebaut. Sicher liegen bei diesen Kindern und Jugendlichen häufig schwere frühe Traumatisierungen vor. Niemand kann im Nachhinein sagen, ob sie sich unter günstigeren Schulbedingungen in der Regelschule besser hätten entwickeln können. Aber angesichts zahlreicher und systematischer struktureller Defizite im Hilfe- und Förderprozess und im Hilfe- und Fördersystem wäre auch angesichts extrem schwieriger Psychodynamik und wirklich schlechter Prognosen bei diesen SchülerInnen die Forderung durchaus legitim, das Regelschulsystem müsste sein Scheitern an ihnen als zwingende Aufforderung verstehen, seine institutionellen Rahmenbedingungen zu überprüfen und zu korrigieren. Auch wenn es immer Kinder und Jugendliche geben wird, die nur in Sondereinrichtun-

gen angemessen untergebracht sind: Vieles spricht dafür, dass jene schweren institutionellen Defizite des Regelschulsystems, die von besonders schwierigen Jugendlichen konflikthaft ans Licht gezerzt werden, auch für weniger auffällige SchülerInnen gravierende und unproduktive Belastungen sind – ganz zu schweigen von den Lehrkräften. Eine Schule, die »lernt«, auch ihren nicht angepassten und nur schwer beschulbaren Kindern und Jugendlichen ein guter Ort zu sein, ist sicher auch ein besserer Ort für alle anderen SchülerInnen und wahrscheinlich auch für die LehrerInnen.

(Vorstehender Artikel ist ein Auszug aus der Einleitung von »Störer und Gestörte - Band 1: Konfliktgeschichten nicht beschulbarer Jugendlicher«, Hrsg.: Thomas von Freyberg/Angelika Wolff. Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt/M., April 2005)

von Angelika Wolff



Lehrerin und analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin, von 1991 - 2003 Leiterin des Instituts für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie in Frankfurt/M., dort Dozentin und Supervisorin



und Dr. phil. habil. Thomas v. Freyberg

Seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt/M.

Fachtagung

»Störer und Gestörte«

Macht und Ohnmacht im Umgang mit »nicht beschulbaren« Jugendlichen

Samstag, 30. April 2005 in München

10.30 - 17.00 Uhr

Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64

Programm:

- 10.30 - 12.00 Einführungsreferat mit Diskussion
Thomas von Freyberg
- 12.00 - 13.30 Mittagspause
- 14.00 - 16.00 kollegiale Beratung nach Balint anhand von Fallgeschichte(n) aus der Praxis der TeilnehmerInnen
Angelika Wolff
- 16.15 - 17.00 Schlussrunde

Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt. Deshalb bitten wir um zeitige Anmeldung. Anmeldeschluss ist am 15. April.
Anmeldung an: GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München, oder per e-mail: GN@bayern.gew.de
Angelika Wolff und Thomas von Freyberg sind gemeinsam Herausgeber des Buches »Störer und Gestörte - Konfliktgeschichten nichtbeschulbarer Jugendlicher«, das im April 2005 im Verlag Brandes & Apsel erscheint.

Mitteilung des Wahlausschusses

Gemäß den »Richtlinien des Wahlausschusses« und der Ausschreibung für die durch Wahlen zu besetzenden Ämter auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag vom 23. bis 27. April 2005 in Erfurt in »E&W« und in den Landeszeitungen der GEW hat der Wahlausschuss die eingegangenen Wahlvorschläge auf ihre Gültigkeit überprüft und gibt sie mit Zustimmung der Kandidatinnen und Kandidaten bekannt.

1. Geschäftsführender Vorstand:

■ **Vorsitzende/Vorsitzender: Ulrich Thöne** (vorgeschlagen durch den Landesverband Berlin und die Fachgruppenausschüsse Gesamtschulen und Gymnasien) ■ **Arbeitsbereich Finanzen: Petra Grundmann** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Thüringen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bayern, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und den Fachgruppenausschuss Sozialpädagogische Berufe) ■ **Arbeitsbereich Frauenpolitik: Anne Jenter** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg) ■ **Dr. Larissa Klinzing** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt sowie den Bundesseniorenausschuss und den Bundesfrauenausschuss) ■ **Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik: Heiko Gosch** (vorgeschlagen durch den Landesverband Baden-Württemberg) ■ **Ilse Schaad** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Berlin und Sachsen) ■ **Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit: Norbert Hocke** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und den Fachgruppenausschuss Sozialpädagogische Berufe) ■ **Organisationsbereich Schule: Marianne Demmer** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Berlin, Baden-Württemberg und die Fachgruppenausschüsse Realschulen, Schulaufsicht/Schulverwaltung sowie Grund- und Hauptschulen) ■ **Organisationsbereich Hochschule: Gerd Köhler** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Baden-Württemberg und den Fachgruppenausschuss Hochschule und Forschung) ■ **Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung: Dr. Stephanie Odenwald** (vorgeschlagen durch die Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Baden-Württemberg und die Fachgruppenausschüsse Gewerbliche Schulen, Kaufmännische Schulen und Erwachsenenbildung)

2. Bundesschiedskommission

Drei ständige Mitglieder und drei stellvertretende Mitglieder: **Dr. Anne Ratzki** vorgeschlagen durch den Landesverband Nordrhein-Westfalen **Walter Gottschalk** vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen • **Peter Pape** vorgeschlagen durch den Landesverband Hamburg

Tilman Boehlkau (Vors. d. Wahlausschusses) • Annett Lindner (stellv. Vors. d. Wahlausschusses) • Henricke Schneider-Petri (Berichterstatlerin d. Wahlausschusses)

Zum Ersten, zum Zweiten und zum ?



Das Eckpunktepapier von ver.di & dbb

Foto: Robert Michel

Am 4. Oktober letzten Jahres stellten der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Peter Heesen zusammen mit Bundesinnenminister Otto Schily überraschend ein »Eckpunktepapier« zur Reform des Beamtenrechts vor. Die anderen DGB-Gewerkschaften waren ob dieses Alleingangs befremdet, der GEW-Hauptvorstand lehnte die Eckpunkte ab. Als dann die Föderalismuskommission tagte und scheiterte, schien sich dieses Papier vorerst erledigt zu haben. Eine Täuschung! Bundesinnenminister Otto Schily kündigte am 10. Januar 2005 an, dass er seinem Ministerium bereits den Auftrag gegeben habe, einen Gesetzentwurf auf der Grundlage des Eckpunktepapiers auszuarbeiten.

Einer der Eckpunkte ist die Übertragung der Tarifvereinbarungen auf die Beamtinnen und Beamten. Nachdem die Tarifrunde 2005 am 9. Februar erfolgreich beendet wurde, ist es also höchste Zeit, sich genauer zu informieren, was da drin steht in diesem Eckpunktepapier.

Nachfolgend besonders markante Details. Die »Verpackung« (»Erhöhung von Motivation und Leistungsbereitschaft mit dem Ziel mehr Bürgerfreundlichkeit« etc.) lassen wir getrost weg. Auf eine Kommentierung wird bewusst verzichtet ...

Besoldungsreform

Das Gehalt setzt sich zusammen aus einem **Basisgehalt** mit **Erfahrungsstufen** sowie **Leistungsstufen**. Alter und Familienstand (Verheiratenzuschlag) sind keine maßgeblichen Größen mehr. Die Endstufe des Basisgehalts entspricht in den 15 Besoldungsebenen nach einer etwas moderateren Einführungsphase jeweils 90 % des heutigen Endgrundgehalts. Das Basisgehalt wächst in Form von **drei** Erfahrungsstufen, die bei »Normalleistung« nach 5, 10 und

20 Dienstjahren erreicht werden. **Fünf variable** Leistungsstufen ergänzen das Basisgehalt in einem »Bezahlungsrahmen« zwischen 90 % und 110 % im Vergleich zum jetzigen Gehalt. Deren Vergabe erfolgt »temporär« auf Grund von Leistungsbewertungen. Bei Leistungssteigerungen kann höher gestuft werden, bei Leistungsabfall erfolgt ggf. das Abschmelzen einer bereits erhaltenen Leistungsstufe. Bei »Schlechtleistung« gibt es sowieso keine Leistungsstufe.

Leistungsprämie

Für herausragende Einzelleistungen, auch von und für Teams.

Leistungsbewertung

In einem noch zu findenden Verfahren mit »geringem Zeit- und Verwaltungsaufwand« erfolgen »spätestens alle zwei Jahre« regelmäßige Leistungsfeststellungen und -bewertungen. Für »Meinungsverschiedenheiten« wird ein »Dialogverfahren« (»internes Schlichtungsverfahren«) »unter Beteiligung der Beschäftigten« entwickelt. Erforderlich ist dafür u. a. eine »neue Führungs- und Kommunikationskultur«.

Beamtenversorgung

Der Umfang der variablen Leistungsbezahlung wird bei der Versorgung voll berücksichtigt.

Bezahlungsbandbreiten für Bund, Länder und Gemeinden

Für jede »Bezahlungsebene« gibt es eine »Bezahlungsbandbreite« von 5 % nach oben und 5 % nach unten, je nach arbeitsmarktbezogenen oder regionalen Differenzierungen.

Einführung und Systemumstellung

Die Einführung geschieht durch »Umschichtungen innerhalb des Systems«. Alle Beamtinnen und Beamten werden in das neue System überführt mit Ausnahme derjenigen, die »weniger als sieben Jahre vor der gesetzlichen Altersgrenze« stehen. Diese haben ein Wahlrecht, ob sie in das neue System wechseln oder im alten verbleiben wollen. Eine »Besitzstandswahrung« ist eingebaut: Für alle Beamtinnen und Beamten, die in das neue Bezahlungssystem überführt werden, bleibt das zum Zeitpunkt des Wechsels erreichte Gehalt erhalten. »Es wird kein Cent/Euro gekürzt.«

Bis wann?

Geplant ist die Einführung zum Beginn des Jahres 2007. Prost Neujahr!

von Wolfgang Fischer

Lehrer in einer Förderschule
Mitglied im Bezirkspersonalrat



Müssen Randzeiten-Kräfte Bayerns Kitas retten?

Scheibchenweise kommt die Wahrheit heraus – natürlich nicht in der Hochglanzbroschüre »Die Zukunft ausbauen«, die neulich auf die bayerischen Kitas kostenlos herunterregnete:

Es gibt auch Verlierer, das Sozialministerium gibt es kleinlaut in einem sog. »Newsletter« zu, allerdings nicht viele. Und man hat auch schon ein Mittelchen dafür parat – es muss den Fachkräften und Eltern nur noch beigebracht werden: Tagespflege (=Tagesmütter) für Zeiten, in denen Fachkräfte unwirtschaftlich werden. Und das könnten viele Stunden der geplanten Öffnungszeiten werden ...

Immerhin liegt damit erstmals ein Eingeständnis vor, dass das sog. »kindbezogene« Modell der neuen Finanzierung nicht so harmlos ist, wie es von offizieller Seite immer dargestellt wurde:

Ein Drittel aller Einrichtungen sind Verlierer, und mehr könnten es werden, wenn die Buchungszeiten der Eltern für ihre Kinder rückläufig werden – und darüber entscheidet nicht zuletzt der Geldbeutel.

Die von der GEW Bayern stets kritisierte Verwüstung der bayerischen Kita-Landschaft durch ein vorwiegend betriebswirtschaftlich gesteuertes Modell betrifft keineswegs nur die kleinen Einrichtungen, sondern alle nicht mehr voll ausgelasteten Öffnungszeiten. Solche Zeiten – z.B. der Frühdienst in Horten und Kindergärten oder Nachmittagsstunden – sind zwar günstig für Eltern, Kinder und Personal, aber eben unwirtschaftlich und werden damit von Staat und Kommune nicht mehr genügend bezuschusst.

Not macht erfinderisch

Und nun der Clou: »Um das Betreuungsangebot nicht reduzieren zu müssen, ermöglicht der Träger dem pädagogischen Personal zum Ausgleich eine Tagespflege in selbstständiger Nebentätigkeit in den Räumlichkeiten des Kindergartens«!

Das heißt im Klartext: Nachdem ihre tariflich bezahlten Arbeitsstunden gehörig abgebaut wurden, sollen die ErzieherInnen dieselbe Tätigkeit als Selbständige anbieten, um den Betrieb notdürftig aufrecht zu erhalten – oder eben andere private Tagesmütter. Zynismus pur, aber der neue Kitagesetzentwurf macht's möglich. Die Eltern müssten natürlich noch etwas drauflegen.

Daneben werden auch andere »gewinnbringende« Maßnahmen vorgeschlagen, wie die Aufnahme von Schulkindern für 1-2 Stunden täglich oder Mittagsbetreuung im Kindergarten. So sollen sich Kitas rechnen. Nach dieser Logik müsste der Freistaat auch Lehrkräften Schulräume anbieten, in denen sie privat Nachhilfe für ausgefallene Unterrichtsstunden halten dürften.

Dazu muss man Folgendes wissen: Wegen des Grundsatzes der »einheitlichen Beschäftigung« (Bundessozialgericht 1983) ist eine geringfügige Beschäftigung oder auch

Honorarbeschäftigung bei demselben Arbeitgeber rechtlich unzulässig, wenn sie zusätzlich zu einem ordentlichen Arbeitsverhältnis erfolgt. Also sollen die Fachkräfte oder andere Personen dieses Betreuungsangebot in eigener Regie durchführen, das Betriebsrisiko tragen sie dann selbst.

Die Tagespflegeperson braucht grundsätzlich keine besondere Ausbildung, sie muss nur an einer Qualifizierungsmaßnahme des örtlichen Jugendhilfeträgers teilgenommen haben.

Damit sind Schritte zur weiteren Privatisierung und Dequalifizierung dieses Arbeitsbereiches eingeleitet: Das Ziel, nämlich öffentliche Zuschüsse auf vollgestopfte Einrichtungen und Zeiten zu beschränken, soll unter allen Umständen erreicht werden, und koste es noch so viel Qualität. Ganz nebenbei soll dann von denselben Einrichtungen auch noch der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan erfüllt werden!

Wohlgemerkt:

- Gut ausgebildete Fachkräfte stehen reichlich zur Verfügung.
- Kindertagesstätten sind mehr denn je bereit, Öffnungszeiten bedarfsgerecht anzubieten.
- Besonders Kinder mit langen Anwesenheitszeiten in Kitas brauchen liebevolles, kontinuierlich angestelltes Fachpersonal.
- Es liegt ausschließlich am neuen Fördermodell, wenn bisher belegte Öffnungszeiten nunmehr unwirtschaftlich werden.
- Tagespflege anstelle von ordentlicher, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Fachkräften ist eine sowohl fachlich als auch frauen- und sozialpolitisch verfehlte Maßnahme.

Können wir es uns leisten, dass in einem für die Bildung unserer Kinder so entscheidenden Entwicklungsabschnitt auf Dauer Betriebswirtschaft über Pädagogik gestellt wird?

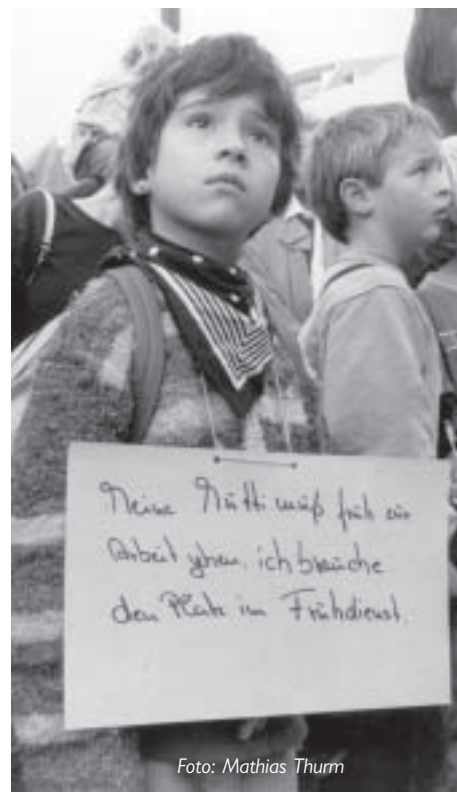


Foto: Mathias Thurm

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der
GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de



»Der Untergang«

Was lernt man aus diesem Film?

2005 ist der sechzigste Jahrestag der Zerschlagung des Nazi-Faschismus. Im Fernsehen, in Büchern, in Filmen wird der Blick auf »das Ende« gelenkt. Der Film »Der Untergang« leistet dazu auf seine Weise einen bezeichnenden Beitrag. Da der Film ein Millionenpublikum hatte und hat, da sogar zahlreiche Schulen, Lehrerinnen und Lehrer ihre Schülerinnen und Schüler in diesen Film geschickt haben, ist die Auseinandersetzung damit angebracht.

»Der Untergang«: Fast vollständiges Ausblenden der für das Verständnis der Nazi-Herrschaft wesentlichen Zusammenhänge

Ein wichtiges Argument der Befürworter dieses Filmes ist, dass dieser Film über die letzten Tage der Nazi-Herrschaft schließlich nicht alles zeigen könne, sondern eben einen Ausschnitt beleuchte, der bisher so noch nicht gezeigt worden sei. Bei einem Film mit aufklärerischem Anspruch ist die entscheidende Frage allerdings: Wird durch die Beleuchtung des Ausschnitts das Verständnis für den Gesamtzusammenhang vertieft, wird der Blick auf die grundlegenden Sachverhalte geschärft, oder aber wird das Verständnis für die wesentlichen Zusammenhänge erschwert und der Blick darauf getrübt?¹⁾

Die Grundmethode des Filmes »Der Untergang« besteht darin, dass er die Darstellung eines Sammelsuriums von wirklichen oder angeblichen Geschehnissen im »Führerbunker« in einer Weise von den grundlegenden Zusammenhängen und Gegebenheiten der Nazi-Herrschaft insgesamt losreißt, dass aus dem Film selbst heraus kaum noch etwas richtig zu verstehen ist.

In dem Film »Der Untergang« gibt es einen Nachspann. Bilder der Schauspieler werden gezeigt, die bestimmte Offiziere und andere Figuren im Nazi-Hauptquartier gespielt haben, und es wird mitgeteilt, was nach Kriegsende aus den Original-Figuren geworden ist: dass der und der in Nürnberg zu einer Gefängnisstrafe, ein anderer zum Tod verurteilt worden ist und wieder ein anderer ein paar Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft war. Eigentlich kein Problem. Aber zwischen diesen nachgereichten Angaben und dem im Film dargestellten Geschehen gibt es keinen nachvollziehbaren Zusammenhang außer dem, dass diese Männer nahezu bis zum Schluss im »Führerbunker« waren. Denn über die Verbrechen, für die diese Führungskräfte der Nazi-Wehrmacht verurteilt worden sind, erfährt man in diesem Film nichts. Was der Nachspann nun eigentlich besagen soll, ist völlig unklar. Die Reaktion »Gut, dass sie ihre verdiente Strafe erhalten haben« ergibt sich jedenfalls nicht aus der Darstellung des Films.

Am krassesten wird dies an der Darstellung von Albert



Speer deutlich. Dieser hat als Nazi-Rüstungsminister von 1942 bis 1945 jahrelang die deutsche Kriegsproduktion mit dem mörderischen Einsatz von Millionen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern sowie KZ-Häftlingen vorangetrieben. Darüber erfahren die Betrachterinnen und Betrachter dieses Filmes nichts. Speer erscheint als freundlicher Herr, der Hitler nur nochmals aufsucht, um ihm mitzuteilen, dass er dessen Zerstörungsbefehle in letzter Zeit nicht mehr durchgeführt habe – also sehr positiv eigentlich, geradezu sympathisch.

Der Film, der die Nazis so ganz aus der Nähe und so sehr »menschlich« betrachtet, ist geeignet, selbst bei relativ kritischen Schülerinnen und Schülern einen Mitleidseffekt auszulösen – Mitleid mit den Nazi-Verbrechern wohlge-merkt. Das weiß ich aus Gesprächen mit relativ kritischen Schülerinnen und Schülern, die berichteten, wie sie sich selbst dabei »ertappten«.

Um das, was in dem Film gezeigt wird, richtig eingeordnet in den realen Gesamtzusammenhang der Nazi-Diktatur mit ihren millionenfachen Verbrechen zu verstehen, müsste nahezu jedes gezeigte Detail nicht nur ausführlich kommentiert, mit sachlichen Hintergründen ergänzt, sondern in großen Teilen auch richtig gestellt werden.

»Der Untergang«: Niveau und Blickwinkel einer Hitler-Sekretärin

Bei der Frage des Blickwinkels geht es darum, welche Position der Film eigentlich einnimmt, aus welcher Sicht heraus etwas dargestellt wird. Es ist klar, dass der Blickwinkel jüdischer und anderer Opfer des Nazifaschismus, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Häftlinge der KZs und Vernichtungslager, der Bevölkerung in den okkupierten Ländern auf das Ende der Nazi-Herrschaft ein ganz anderer ist als jener der Nazi-Verbrecher selbst, ganz anders auch als der (subjektive) Blickwinkel der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die sehr lange die Nazis unterstützt, zumindest aber bis zum Schluss keinen Widerstand geleistet hat.

Der Blickwinkel des Filmes »Der Untergang« ist alles andere als klar. In dem Film sieht man z.B. ausschließlich Deutsche²⁾ sterben, keine Soldaten der Roten Armee. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Jüdinnen und Juden kommen gar nicht vor.

Tatsächlich zeigt »Der Untergang« das Geschehen weitgehend aus der Sicht von Hitlers Sekretärin T. Junge. Dem Film dient erklärtermaßen als eine wesentliche Grundlage das Buch von T. Junge »Bis zur letzten Stunde«. Die Frau taucht im Vorspann des Filmes auf, sie tritt im Nachspann des Filmes auf, ihr »Schicksal« wird in dem Film emotional stark in den Mittelpunkt gerückt. Das beginnt schon ganz am Anfang: Geradezu rührend erscheint es, wie »gütig« Hitler über Tippfehler dieser Person hinwegsieht. Der Film stützt sich weitgehend auf die Sichtweise einer Frau, die auch nach 1945 in tiefer Bewunderung für den Mann an der Spitze der Nazi-Mordmaschinerie verbleibt. Im Jahr 2001 äußert sie über ihr Verhältnis zu Hitler: »Er war ein väterlicher Freund, er gab mir ein Gefühl der Sicherheit, Fürsorge, Geborgenheit. Ich habe mich dort im Führerhauptquartier, mitten im Wald, in dieser Gemeinschaft, mit dieser ›Vaterfigur‹ geborgen gefühlt. Daran kann ich immer noch mit Wärme zurückdenken. Dieses Gefühl, irgendwo hinzugehören, ist mir später nie mehr auf diese Weise begegnet.« (S.233)³⁾

Es ist durchaus nicht verwunderlich, dass gerade diese Äußerung im DVU-Nazi-Blatt »National-Zeitung« bei einer durchaus nicht ablehnenden Besprechung des Films »Der Untergang« zitiert wird. Kein Wunder auch, dass das Buch der Hitler-Sekretärin zu der Auswahl von Büchern gehört, welche die Nazi-Partei »DVU« in ihrem Organ »National-Zeitung« regelmäßig propagiert.

Die filmische Darstellung folgt teilweise bis in die angeblichen oder wirklichen Äußerungen Hitlers sowie einzelnen Dialogen der Darstellung des Buches. Diesem Film liegt in der Tat als Nährquelle ein von Junge 1947 verfasster und 2003 veröffentlichter Text zugrunde, der seiner Gedankenwelt und Diktion nach pro-nazistisch ist. Junge schreibt darüber, wie Hitler 1944 über Zerstörungen durch alliierte Bombardements berichtet wird: »Hitler hörte sich ihre Schilderung mit düsterem Gesicht an. Dann schwor er Rache und Vergeltung und versprach, mit den neuen Erfindungen der deutschen Luftwaffe den Feinden alles hundertfach heimzuzahlen. Leider haben sich diese Drohungen nie erfüllt. Nach wie vor fanden die alliierten Flugzeuge in Schwärmen ihren Weg über das Reichsgebiet, und was half es den deutschen Städten, dass V 1 und V 2 nach London flogen?« (S.135)⁴⁾ »Leider haben sich diese Drohungen nie erfüllt«. Dies ist – wohlgermerkt 1947 formuliert und 2003 veröffentlicht – die Formulierung des Wunsches nach einer vernichtenden Niederlage der Anti-Hitler-Koalition. Über ihre Haltung beim immer weiteren Vorrücken der Armeen der Anti-Hitler-Koalition schrieb sie in dem Text von 1947, der 2003 veröffentlicht wurde: »... ich glaubte, er habe wirklich ein sicheres Mittel, eine letzte Reserve im Hintergrund, die eines Tages das Volk von den schweren Leiden befreien würden.« (S.140) Mit »Volk« ist selbstverständlich das deutsche Volk gemeint, keineswegs aber die von Nazi-Deutschland versklavten Völker, und das Befreien »von den schweren Leiden« kann nichts anderes bedeuten als den »Endsieg« der Nazis.

Auf der Grundlage nun ausgerechnet dieses Buches ist

der Film »Der Untergang« für ein Millionen-Publikum gemacht worden. Teilweise sind ganze Schulen (entsprechender Jahrgangsstufen) in diesen Film geschickt worden. Das ist meiner Meinung nach wirklich katastrophal.

Wem nützt's?

Wer dies für übertrieben hält, sollte sich fragen, wie es kommt und kommen kann, dass der Film von heutigen Nazis gelobt und propagiert wird. Der Chefredakteur des Nazi-Organs »Nation & Europa«⁵⁾, der in dem Film selbst mitgespielt hat (in der Rolle des Adjutanten von Keitel), preist den Film als »bahnbrechende Produktion«, als »den Beginn einer historiographischen Wende«.⁶⁾



Foto: Robert Michel

Um aus der Geschichte zu lernen, ist und bleibt die Frage nach den grundlegenden Zusammenhängen von Schuld und Mitschuld an den Verbrechen des Nazi-Faschismus, die Frage nach Tätern, Mittätern und Nutznießern, vor allem aber auch nach den Opfern des Nazi-Völkermords und des Nazi-Terrors wesentlich. Der Film »Der Untergang« leistet dazu keinen Beitrag – ganz im Gegenteil.



von Dr. Wolfgang Häberle

Lehrer an der FOS/BOS Aschaffenburg

- 1) Würde heute ein Fernsehbericht darüber gezeigt, wie die NPD in Sachsen unentgeltlich Nachhilfe-Unterricht für lernschwache Kinder gibt, so würde ein solcher Bericht den »Tatsachen« entsprechen. Aber wenn dieser Bericht nicht klipp und klar aufzeigen würde, warum die Nazis das machen, dass dies nichts ist als nazifaschistische Demagogie, um Einfluss zu gewinnen, dass dies den Nazis nur dazu dient, ihr mörderisches rassistisches Programm voranzubringen, so wäre ein solcher Bericht eben eine große Fälschung und Beschönigung.
- 2) Wie von Wim Wenders in seinem Beitrag in »Die Zeit« (44/2004) festgestellt wird, gibt es allerdings eine sehr merkwürdige Ausnahme: Den Tod Hitlers sieht man nicht. »Warum dem Mann diese Ehre erweisen, die der Film sonst keinem von denen erweist, die da reihenweise sterben müssen?« fragt Wenders zurecht. Gleiches gilt für Goebbels, bei dessen Tod die Kamera ebenfalls rechtzeitig »pietätvoll« wegschwenkt.
- 3) Diese Äußerung wurde 2001 aufgezeichnet von M. Müller, die bei dem Buch von Junge mitgearbeitet hat.
- 4) Traudl Junge: »Bis zur letzten Stunde – Hitlers Sekretärin erzählt ihr Leben«, 1. Auflage Berlin 2003.
- 5) Es handelt sich um Karl Richter. Auf Grund des Abdrucks eines »Asylbetrügergedichtes« wurde Richter 1995 wegen Volksverhetzung (§130 StGB) verurteilt. Genaueres zu Richter siehe: Lexikon Rechtsextremismus. http://lexikon.idgr.de/r/r_i/richter-karl/richter-karl.php.
- 6) In dem Nazi-Organ »Nation & Europa« 10/2004. Richter schreibt dort auch, dass bei den Dreharbeiten noch mehr Nazis beteiligt waren: »An dem darauffolgenden Tagen stellen sich auch aus der ›Szene‹ nach und nach bekannte Gesichter ein. Man kennt sich, zwinkert sich zu, bleibt unauffällig.«

Der neue Vorstand des KV Würzburg stellt sich vor



Foto: Erhard Hagebecker
von links nach rechts: Walter Bausenwein, Hans-Heinrich Hagen, Helmut Radler, Hanna Arnold, Lore Koerber-Becker, Hildegard Wagner-Koch, Rudolf Brandenstein, Elisabeth Kwossek, Walter Feineis, Heinz-Georg Rollik

Seit dem 15. Dezember hat die GEW Würzburg einen neuen Vorstand. Nach dem schon im letzten Jahr angekündigten und in der DDS vom Dezember ausführlich beschriebenen Abschied meines Vorgängers Jörg Nellen stellte sich die gesamte bayerische GEW die Frage: »Was wird jetzt aus der Würzburger GEW?« Als neuer Vorsitzender versuche ich, eine Antwort zu geben.

Wir haben von Jörg Nellen und seinem Team ein wohl bestelltes Feld übernommen und sind froh, dass wir, was Pressekontakte betrifft, auch weiterhin auf ihn zählen können. Die 10 Mitglieder im Vorstand verstehen sich als Team von gleichberechtigten Partnern, jede/r mit bestimmten Aufgaben. Die Arbeit der ersten Wochen hat gezeigt, dass dies auch klappen wird.

Ich selbst bin seit 1976 in der GEW und habe bei meinen Vorgänger/innen Marianne Wintergerst, Gerhard Brigelius und Jörg Nellen schon den einen oder anderen Posten inne gehabt. Im Bezirk bin ich stellvertretender Vorsitzender. Für die GEW wurde ich in die Personalräte für Lehrer an Volksschulen bei der Regierung von Unterfranken und beim Staatlichen Schulamt im Landkreis Würzburg gewählt. 1990 hatte ich die Idee, eine Fortbildungsreihe zum Offenen Unterricht ins Leben zu rufen. Gemeinsam mit unter anderem Hildegard Wagner-Koch, Elisabeth Kwossek und Walter Bausenwein wurde damals »Schule anders« geboren – mittlerweile ein Markenzeichen der GEW. Ihr seht, mein Herz schlägt schon lange für die GEW und jetzt will ich einmal versuchen, ob es nicht möglich ist, mit vereinten Kräften etwas zu bewegen.

Unser Programm:

Solide Mitgliederbetreuung

Die *Beratung* erfolgt durch unser Kompetenzteam. Wir werden *offene Vorstandssitzungen* (19:00 vor Stammtisch) durchführen. Die Mitglieder sprechen vor Ort mit Vor-

standsmitgliedern über ihre Probleme. Unsere *Mitgliederrundbriefe* enthalten Themenschwerpunkte (diesmal Studiengebühren).

Personal- und Betriebsrätearbeit

Mit Hilfe des Vorstandes soll die Position der GEW gestärkt werden. Sechs von uns sind in Personalräten.

Profil der GEW

Wir werden versuche, Ungerechtigkeiten im (Bildungs)system deutlich zu machen. »Eine Schule für alle – länger gemeinsam zur Schule« wird dabei unser Schwerpunkt sein. Wir fordern mehr Ganztageschulen und verstärkte Förderung in Vorschule und Grundschule sowie mehr Stellen und Mittel für Schulsozialarbeit statt deren Abbau.

Abgrenzung und Zusammenarbeit

Auseinandersetzung erfolgt mit Lehrerverbänden, die nicht ernsthaft an einer Schulstrukturfrage interessiert sind. Zusammen arbeiten wir mit allen, denen glaubhaft ein öffentlich finanziertes Bildungssystem mit Chancen für alle Kinder und Jugendlichen am Herzen liegt.

Fortbildung

»Schule anders« wird fortgesetzt. Außerdem haben wir für das erste Halbjahr schon sechs weitere Veranstaltungen angeboten.

Anträge zur LVV 2005

Die Hochschulgruppe und der Kreisverband werden auf der LVV zwei Anträge stellen. Einer wendet sich *gegen Studiengebühren*. Mit einem zweiten Antrag werden wir versuchen durchzusetzen, dass *Studierende*, die *in der GEW* Bayern organisiert sind, während ihres Erststudiums *keinen Gewerkschaftsbeitrag* zahlen müssen.

von Rudolf Brandenstein

**Am 4. Januar 2005 verstarb völlig überraschend,
nach kurzer, schwerer Krankheit, Ulrich K. Drescher,
Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der GEW Oberpfalz.**

Rede von Irmgard Freihoffer, Vorsitzende der GEW Oberpfalz, bei der Trauerfeier am 10.1.05 in Regensburg.

Als ich vor wenigen Monaten den Vorsitz im Bezirksverband Oberpfalz der GEW übernommen habe, tat ich das im Bewusstsein, bei dieser nicht leichten Aufgabe einen Menschen in der Nähe zu haben, der mir bei jeder Frage, die sich mir dabei stellen würde, ein kompetenter Berater sein würde.

Da die GEW eine eher kleine Gewerkschaft war und ist, lebt sie in großem Maße von Persönlichkeiten, die sich engagieren. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Ulrich Drescher über 30 Jahre lang maßgeblich die Geschicke unserer Bildungsgewerkschaft in Regensburg und der Oberpfalz geprägt hat. Uli war auch lange Zeit Personalrat am Schulamt im Landkreis Regensburg und also ein kenntnisreicher, erfahrener Kollege, von dem man jederzeit Rat und Unterstützung erhalten konnte.

In den politisch bewegten 70er Jahren, in denen in Bayern die maßgeblichen bildungspolitischen Anstöße damals schon von der GEW ausgingen – Stichwort Reformuniversität – stand Uli Drescher an der Spitze des Kreisverbandes Regensburg. Wer die bayerische Bildungslandschaft kennt, weiß, wie viel Kraft das gekostet haben muss. So gönnte sich Uli eine Pause, um 1996 mit neuem Schwung den Bezirksvorsitz in der Oberpfalz zu übernehmen.

Uli nahm nichts ernster, als es war, ohne dabei oberflächlich zu sein, er konnte die Dinge einschätzen, schaute auf den Menschen. Vieles war ihm einfach zum Lachen: der Irrsinn der großen Politik, den er prägnant benennen konnte, die kleineren Fehler und Schwächen seiner Mitmenschen, denen er mit Humor begegnete. Seine reiche Lebenserfahrung erlaubte es ihm, die eigenen Chancen, die Möglichkeiten eines Personalrats, die Fähigkeiten und Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften heute realistisch einzuschätzen. Mit Sicherheit stand ihm dabei sein unverkennbar schwäbisches Naturell zur Seite. Er war ein Anreger, ein Ermunterer; er erfuhr viel und konnte es weitergeben, denn er war ein gefragter und angenehmer Gesprächspartner. Kurz: Er war unsere Mitte und unser Freund. Und einen guten Freund verlieren heißt auch Lebenssicherheit verlieren.

Dass wir Uli nicht mehr haben, macht uns schwächer. Wir hätten ihn gebraucht in den großen Auseinandersetzungen, die uns noch bevorstehen angesichts einer Politik, die neoliberale Verwertungsinteresse höher setzt als pädagogische und humanistische Werte. Dass er nun nicht mehr da ist, können wir nicht begreifen. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Kindern und seinen Enkeln.



Anmerkungen zum
»Abschied eines Kreisvorsitzenden«
von Jörg Nellen
DDS Dezember 2004, S. 21

Lieber Jörg,
als ehemaliger Vorsitzender des Kreisverbandes Erding (war allerdings schon vor deiner Zeit) habe ich mir deinen Abschiedsbrief in der Dezemberausgabe der DDS aufmerksam durchgelesen. Dabei fielen mir ein paar deiner Anmerkungen auf, von denen ich glaube, dass sie einer Kommentierung bedürfen. So schreibst du: »Jetzt gehe ich.« Als besorgter Kollege stellt sich mir natürlich die Frage: Wohin geht er denn? Es interessiert mich schon, wohin du gehst.

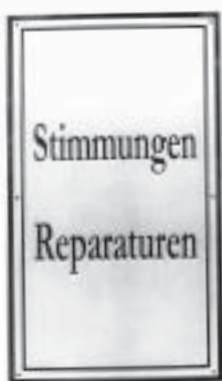


Foto: Robert Michel

Du listest viele Aktivitäten auf, die du als Kreisvorsitzender und Pressesprecher von Unterfranken für dich reklamierst. Gab es da nicht noch 'n paar KollegInnen, die dir gelegentlich zur Seite standen? Die Unterfranken gelten in der bayerischen GEW immerhin als wackere Haufen. Kann es sein, dass da über die Jahre wirklich nur einer...?

Deine bemerkenswerteste Aussage ist für mich folgende:

»Auf Landes- wie auf Bezirks- und Kreisebene sind die Funktionsstellen mit Personen besetzt, die in den Auseinandersetzungen der 70er Jahre sozialisiert wurden, in Zeiten also, in denen fundamentale Kritik, Kompromisslosigkeit und einfache Feindbilder sinnvoll und notwendig waren.«

Unverständlich ist mir, warum deiner Meinung nach gerade in den 70er Jahren »fundamentale Kritik, Kompromisslosigkeit und einfache(?) Feindbilder sinnvoll und notwendig« gewesen sein sollen? Hat sich zwischenzeitlich die soziale und politische Situation durch den Übergang zum Neoliberalismus etwa verbessert? Ich kenne da niemanden, der das ernsthaft vertritt.

Während du die FunktionsstelleninhaberInnen aller Ebenen in eine Schublade steckst, nimmst du am Ende deines »Abschieds« einige Personen namentlich wieder aus besagter Schublade heraus. Für meine Person möchte ich mich bei dir bedanken, dass du mich in der Schublade belässt. Wenn es wirklich deine Meinung sein sollte, dass man/frau beispielsweise die regierende CSU von zentralen Forderungen der GEW überzeugt, indem man/frau »gute Inhalte präsentiert, vermittelt und kommuniziert«, nehmen wir beide die Realität unterschiedlich wahr.

Sicherlich habe ich nicht die großen Verdienste in der GEW Bayern, um mit deinem Engagement gleichziehen zu können – da bin ich ehrlich genug – aber meine be-

scheidenen Erfahrungen über mehr als drei Jahrzehnte sagen mir ganz eindeutig: Die CSU und die Bayerische Staatsregierung verfolgen konsequent und hartnäckig ein bildungspolitisches Konzept der Auslese, das sie so lange verteidigen werden, bis ihnen entweder die Mehrheit der Bevölkerung einen Tritt in den Hintern verpasst, oder die Unternehmerverbände als Repräsentanten der Besitzer der tatsächlichen Macht im Lande eine andere Bildungspolitik erzwingen. Ersteres ist Zukunftsmusik. Die zweite Variante könnte im Handstreich erfolgen, siehe G8.

Zentrales Anliegen unserer Debatte kann nicht die Frage nach der Verpackung unserer Forderungen bzw. der Tiefe der Verbeugung vor unserem bildungspolitischen Gegner sein.

Wir müssen weiterhin geduldig und unaufgeregt unsere zentralen Inhalte vertreten. Wir haben die besten Argumente für Förderung statt Auslese, was die Perspektiven des Schulsystems betrifft. Mit der Forderung nach der »Eine(n) Schule für alle« verfügen wir über das einzig derzeit in der Diskussion befindliche überzeugende Konzept, das den objektiven Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Wir werden es in die Bevölkerung hineinragen und mehrheitsfähig machen. Das passiert nicht von heute auf morgen. Viele Illusionen gilt es noch wegzuräumen. Es gibt viel Arbeit, Jörg. Können wir noch auf dich zählen?

Mit kollegialem Gruß

Hans Elas

Dies und Das

Amyna verleiht Materialien für Kindergärten

Seit diesem Schuljahr gibt es die Möglichkeit, viele Materialien, die in der Kindergartenarbeit im Bereich sexualpädagogische Erziehung, aber auch der Prävention von sexueller Gewalt eingesetzt werden können, bei Amyna, Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch, gegen einen Unkostenbeitrag auszuleihen. Bunt und informativ ist z.B. die Kindergartenbox »entdecken, schauen, fühlen!« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die es sonst nur zu kaufen gibt. Sie beinhaltet eine Sammlung von Materialien und Medien zur Körpererfahrung und Sexualerziehung für Kinder ab drei Jahren. Der Bilderbuchklassiker in der Präventionsarbeit »Schön und blöd« von Ursula Enders kann als Gruppensatz (20 Stück) ausgeliehen werden.

Percussions- und Rhythmusinstrumente finden sicherlich nicht nur Anklang in der Präventionsarbeit. Insgesamt 27 verschiedene Instrumente stehen in der Percussionsbox zur Verfügung.

Die Materialliste sowie die Ausleihkonditionen können angefordert werden bei:

Amyna • Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch
Mariahilfplatz 9 • 81541 München
Tel. 0 89-2 01 70 01 • Fax: 0 89-2 01 10 95
e-mail: info@amyna.de

Medienkatalog erschienen:

»Deutschland 1933 - 1945«

In Verantwortung der Landesmediendienste Bayern entstand ein Sonderkatalog für audiovisuelle Medien, der einen vollständigen Überblick über das Angebot bzw. weitergehende Informationen zu Inhalten geeigneter Zielgruppen und technischen Voraussetzungen für die Präsentation gibt. Der Medienkatalog beinhaltet die komplette Breite filmischer Genres: Von kommentierten Wochenschau-Ausgaben über Dokumentationen bis zu Spielfilmen. Ge-

schichtliche Hintergründe, weltpolitische Konstellationen, persönliche Schicksale und historische Perspektiven werden dargestellt und sollen die Bildungsarbeit besonders in diesem Jahr bereichern.

Infos über Inhalt und Ausleihkonditionen bei:
Landesmediendienste Bayern e.V.
Dietlindenstr. 18 • 80802 München
Walter Thomas
Tel.: 0 89-38 16 09 0 • Fax: 0 89-39 43 49
e-mail: Info@landesmediendienste-bayern.de

Europa InTakt 2005

Das Fachgebiet »Musikerziehung und Musiktherapie in Rehabilitation und Pädagogik bei Behinderung« an der Universität Dortmund bietet Weiterbildungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen aus Förderbereichen und Sonderpädagogik an: Vom 27.09. - 01.10.05: Fortbildungswoche Europa InTakt 2005 mit dem Motto »Musik und Menschen mit Behinderung – Wege zur Musik« statt. An den Workshops nehmen Menschen mit und ohne Behinderung aus verschiedenen Ländern Europas teil.

Infos gibt es beim Zentrum für Weiterbildung der Universität Dortmund
Telefon: 0231-7 55 21 64
e-mail: zfw@pop.uni-dortmund.de
www.zfw.uni-dortmund.de

»Jugendliteratur und kultureller Wandel – 50 Jahre Deutscher Jugendliteraturpreis«

Jubiläumstagung des Arbeitskreises für Jugendliteratur e.V. vom 6. bis 8. Mai 2005 in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing
Die 50jährige Geschichte des Deutschen Jugendliteraturpreises ist gleichzeitig auch die Entwicklungsgeschichte der Kinder- und Jugendliteratur der letzten 50 Jahre. Die Juryentscheidungen geben Einblick in das jeweils vorherrschende Kultur- und Gesellschaftsverständnis, dokumentieren kulturgeschichtlichen Wandel und spiegeln veränderte Kindheitsauffassungen ebenso wie Akzentverschiebungen innerhalb der Kinder- und Jugendliteraturkritik. Die Vorstellungen vom »guten« preiswürdigen Buch für junge LeserInnen

REISEZEIT

Individual- und Gruppenreisen mit Bus, Bahn, Rad, Flug, Eigenanreise

■ Ostern nach Elba
1 Woche Camp./Bungalow ab 240,-

■ Toskana
■ Elba
■ Korsika
■ Sardinien
1 Woche ab 250,-
2 Wochen ab 350,-
wöchentliche Abfahrt 18.03.-23.09.05
Camp, Bungalow oder Ferienwohnung

■ Bike & Bus
Italien hin + zurück ab 70,-

■ Eltern-Kind-Urlaub
■ Teens-Specials

■ Hangematten
■ Hängesessel
im Laden oder unter
www.e-hangematten.de

Ostern noch
Plätze frei !!!!!

089 / 50 50 50 Guldeinstr. 29 80339 München
www.reisezeit-online.de

haben sich in den letzten 50 Jahren entscheidend verändert: von der überwiegend (literatur)pädagogischen Ausrichtung der 50er Jahre über die ideologie- und sozialkritische Entwicklung nach 1968 bis hin zur literarästhetischen Akzentuierung seit Mitte der 80er Jahre. Juryentscheidungen bewegen sich – der Zielsetzung des Preises entsprechend – immer im Spannungsfeld zwischen Literatur- und Leseförderung und müssen dabei auch widersprüchlichen Erwartungen gerecht werden: Literarästhetische Qualitätssicherung oder leserfreundliche Ausrichtung durch Unterhaltungsfunktion? In jedem Fall stehen die für den Deutschen Jugendliteraturpreis nominierten Titel für den Reichtum an Themen, Formen und Bildstilen und für die Internationalität der modernen Kinder- und Jugendliteratur in Deutschland.

schriftliche Anmeldung bis zum 22.4.05 bei:

Evangelische Akademie Tutzing

Rita Niedermaier

Tel. 0 81 58-251-128 • Fax: 0 81 58-99 64 28

e-mail: niedermaier@ev-akademie-tutzing.de

Info unter: www.ev-akademie-tutzing.de

Fachtagung im Rahmen der LVV der GEW Bayern
in Nürnberg, Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Str. 9
Arbeitszeit und Arbeitsbelastungen
14.00 - 18.00 Uhr

als ReferentInnen werden erwartet:

Michael Schlecht: Die aktuelle wirtschaftspolitische Situation und gewerkschaftliche Alternativen
(ver.di)

Dr. Mario Candeias: Erziehung der Arbeitskräfte im neoliberalen Workfare-Staat
(Uni Jena + InKrit)

Tatjana Fuchs: Arbeitszeit und Arbeitsbelastungen in Deutschland
(isw)

N.N.: Arbeitsbelastungen im LehrerInnenberuf



Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN

Privatklinik für psychologische Medizin
mit Fachabteilung für Essstörungen

Info-Telefon
07221/39 39 30

Von hier an geht es aufwärts!

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/3939350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im März Geburtstag feiern, ganz besonders

Helmut Michalski, Frasdorf, zum **95.**

Käte Notz, Riemerling, zum **86.**

Anna Kühlluß, Grönenbach, zum **78.**

Hans Stroh, München, zum **76.**

Prof. Dr. Heinz Tischer, Bayreuth, zum **75.**

Elisabeth Mower, Stadtbergen, und

Rudolf Glass, München, zum **73.**

Dr. Friedrich Tretter, München, zum **72.**

Krimhilde Maisa, Hof, zum **71.**

sowie zum **65.**

Barbara Jacoby, München,

Heiner Holl, Nördlingen, und

Dr. Reinhard Meise, Mering.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im März gilt unser Dank ganz besonders

für **40 Jahre Mitgliedschaft**

Rainer Beer, Ebersberg,

für **35 Jahre Mitgliedschaft**

Gudrun Barmayer, München,

Christina Eiber, München,

Wolfram Bundesmann, München,

Michael Krieger, Freilassing,

Tilman Oehler, Igensdorf, und

Peter Zwirner, Walsdorf.

Interessante Veranstaltungen ab März 2005

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

01.03.05	Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre. Zum Stand der Bewegung für soziale Gerechtigkeit informiert der Gewerkschaftsdelegierte und GEW-Vorsitzende Schorsch Wiesmaier	Referat + Diskussion	Regensburg EBW 20.00 Uhr
07.03.05	Ohne Moos nix los - wie das reiche Bayern die Bildung kurz hält. Karin Pranghofer (SPD) und Thomas Mütze (B'90/Die Grünen) stellen den Bildungshaushalt zur Diskussion.	Referate + Diskussion	Aschaffenburg DGB-Haus 20.00 Uhr
08.03.05	Frauen bewegen (auch) Politik	Internationaler Frauentag	hoffentlich überall
11.03.05	Arbeitszeit und Arbeitsbelastung Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung mit ExpertInnen im Rahmen der LandesvertreterInnenversammlung der GEW Bayern: mit Dr. Mario Candeias (Uni Jena), Tatjana Fuchs (isw) und Michael Schlecht (ver.di)	Referate + Diskussion	Nürnberg Karl-Bröger-Zentrum 14.00 - 18.00 Uhr
06.04.05	Bildungs-Baustellen in Bayern II - Erwachsenen-/Weiterbildung: Privatisierung, Prekarisierung, Pulverisierung. Mit Peter Weiß vom Büro für Weiterbildung der GEW Bayern	Referat + Diskussion	Aschaffenburg DGB-Haus 20.00 Uhr
18.-22.04.05	Reden und Verhandeln können und müssen wir lernen. Das Richtige zu wollen allein genügt nicht. Mit Knut Becker */**	BR-Seminar	Niederpöcking DGB-Bildungszentrum
29.-30.04.05	Neumitgliederseminar. Personal, Programm und Potential der GEW kennen lernen. Mit Annette Körner, M.A.*	Seminar	Windischeschenbach Stützelvilla
05.-08.05.05	Mai-Meeting 2005 der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Seminare + Workshops zu Ganztagesesshule, Internet, Gruppenkonflikte, ganzheitliches Lernen u.a. Veranstalter: GEW-Hauptvorstand, Anmeldung: mai-meeting@gew.de */** Infos: www.gew.de/Mai-Meeting_2005.html	Schaufenster der gewerkschaftl. Bildungsarbeit	Halberstadt/Harz
16.-20.5.05	Segeln auf der Ostsee. Aktives Mittun auf einem Zweimastschoner. Fortbildungswoche zur Vorbereitung von Schulfahrten. */** Info und Anmeldung: brandenstein@t-online.de	Fortbildung	ab Eckernförde
30.-31.07.05	Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle - vorwärts zu den Wurzeln! Mit Dr. W. Sauerborn, Stuttgart */** Info und Anmeldung: www.gew-unterfranken.de/somsem	Sommerseminar der GEW Unterfranken	Heimbuchenthal

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

GEW-Stammtische ... Kontakte ... GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/III., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg Mitgliederversammlung jeden 1. Schul-Mittwoch, 20.00 Uhr, DGB-Haus; Mittwoch danach, 20.00 Uhr, Stammtisch, Pizzeria Venezia
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Rhönperle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München GEW-Hochschulgruppe
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Unterallgäu/Memmingen jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Rudolf Brandenstein, ☎ 0 93 33/5 22

www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de

Aufruf zu den MAV-Wahlen 2005

Zwischen 1. März und 30. Juni 2005 finden turnusmäßig die Neuwahlen zu den Mitarbeitervertretungen (MAV) der kath. Kirche und der Caritas in Bayern nach der Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO) und ihrer Wahlordnung statt.

Wir fordern alle KollegInnen auf, sich an den Wahlen zu beteiligen und, soweit möglich, selbst zu kandidieren!

Auch wenn die Mitbestimmungsrechte der MAV im Vergleich zum Betriebsrat in wesentlichen Punkten eingeschränkt sind und die Wahlordnung einige Komplikationen aufweist, ist die Funktion der MAV als Schutzorgan für die Beschäftigten doch unverzichtbar. Angesichts des immer rauheren Sozialklimas auch in kirchlichen Einrichtungen wird es zunehmend wichtig, handlungsfähige und kompetente Mitarbeitervertretungen zu bekommen.

Wenn oft eine schwache oder ineffiziente MAV kritisiert wird, sollte man nicht vergessen, dass dies zu einem guten Teil am offiziell vertretenen (und bis jetzt auch höchstrichterlich akzeptierten) sog. »Dritten Weg« der christlichen Kirchen liegt. Andererseits ist jede MAV nur so gut, wie die Leute, die diese MAV bilden.

Aus diesen Gründen ist es besonders wichtig, dass GewerkschafterInnen in die MAVen gewählt werden, die wiederum den rechtlichen und berufspolitischen Rückhalt von ihrer Gewerkschaft bzw dem DGB haben.

Alle neugewählten Mitglieder in Mitarbeitervertretungen – einschließlich der jeweiligen Ersatzmitglieder – werden dringend gebeten, sich zwecks Erstellung eines bayernweiten Verteilers zu melden bei der

Landesgeschäftsstelle der GEW, Schwanthalerstr.64, 80336 München, Tel: 089/54408114, e-mail: info@bayern.gew.de